MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

436 (22.9.1923) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-213045

Verkaufspreis M. 2000.00.–

Samstag, 22. September — Abend-Ausgabe — 1923 — Nr. 436

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche Mk. 40 000 000. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen. Postscheckkonto Nummer 17390 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E. 6. 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstraße 6. Fernsprecher Nummer 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise: Bei Vorausbezahlung Grundzahl für allgem. Anzeigen 400, Fam.-Anz. 200, Reklamen 1000. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger 30000. Alles andere laut Tarif. Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 9½ Uhr, Abendblatt nachm. 2½ Uhr. Für Anzeig. an bestimmten Tagen Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwortl. übern. Höh. Gewalt, Streiks, Betriebsstörung. usw. berechtig. zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefall. od. beschränkt. Ausgab. od. f. versp. Aufnahm. v. Anzeig. Auftr. d. Fernspr. od. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Vor bedeutungsvollen Entscheidungen

Die deutschen Ministerpräsidenten nach Berlin berufen

[·] **Berlin**, 22. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Wie die „B. Z." meldet, treten am Montag die Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten zu einer Besprechung mit dem Reichskabinett zusammen, an der auch die Vertreter der besetzten Gebiete teilnehmen. Es soll dabei der Stand des Ruhrkonfliktes im Mittelpunkt der Erörterung stehen. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler die Gelegenheit benützen wird, den tatsächlichen Stand aus dem Wust der Gerüchte über die Ruhr herauszuschälen. Es sollen Maßnahmen zur Lösung getroffen werden. Nach welcher Richtung hin bei der Besprechung Entschlüsse gefaßt werden, wird sich wohl aus der Aussprache ergeben. Daß es sich um eine politisch hochbedeutsame Maßnahme handelt, steht außer allem Zweifel.

Weiter wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

„Die Reichsregierung wird unter keinen Umständen irgendeine Entscheidung treffen, ohne daß die Vertreter von Rhein und Ruhr hinzugezogen und somit zum Mitträger wichtiger Entscheidungen gemacht werden. Die untrennbare Gemeinsamkeit der besetzten Gebiete mit dem Reich wird bei den unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen ausschlaggebend sein. Dann wird auch das Schlagwort, daß von Berlin aus, ohne auf die Empfindungen und Wünsche des besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen, in defaitistischer Weise regiert wird, hinfällig werden. Neben diesem Schlagwort entbehrt aber auch ein anderes der Berechtigung, wenn nämlich ein Teil der deutschen Presse den passiven Widerstand jetzt für gänzlich verfehlt erklärt und aus diesem Grunde die Politik der Regierung Cuno in Bausch und Bogen verwirft. Ob der passive Widerstand in allen Phasen so geführt wurde, wie er hätte geführt werden sollen, ist Ansichtssache. Jedenfalls ist es nicht angängig, dem passiven Widerstand allen Erfolg abzusprechen. Er hat u. a. Frankreich in recht empfindlicher Weise finanziell angefaßt und er hat vor allem dem französischen Gedanken einer schrankenlosen Ausbeutung von Rhein und Ruhr in der ganzen Welt recht erheblich diskreditiert. Daß im Laufe der langen Monate, über die sich der passive Widerstand erstreckt, die Front sich hier und da gelockert hat, ist begreiflich. Immerhin können wir mit berechtigtem Stolz auf das zurückblicken, was an Rhein und Ruhr an vaterländischer Widerstandskraft von allen Kreisen der Bevölkerung geleistet ist.

Das deutsche Volk steht vor den wichtigsten Entscheidungen, aber eine Kapitulation, die Rhein und Ruhr aufgibt, wird diese Entscheidung unter keinen Umständen bringen. Die Frage des passiven Widerstandes ist letzten Endes nur eine taktische Frage, aber ob Rhein und Ruhr bei Deutschland bleiben, ist keine taktische Frage, sondern eine Frage der großen Politik, über die es keine Meinungsverschiedenheiten geben kann. Es kann auch kein Vertrag geschlossen werden, der über das Verbleiben von Rhein und Ruhr bei Deutschland einen Zweifel läßt. Ebenso kann kein Diktat hingenommen werden, das dem Reich das Ruhrgebiet und die Rheinlande nimmt, ohne daß die ganze Bevölkerung sich dagegen aufbäumen würde."

Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Bayern für die Reichseinheit

Die Deutsche Volkspartei in Bayern hatte für Freitag abend eine deutsche Kundgebung in den Mathildensaal in München einberufen, in der der pfälzische Landtagsabgeordnete Burger vor zahlreich Versammelten, namentlich auch vertriebenen Pfälzern über das Unglück Deutschlands und Deutschlands Rettung sprach. Er führte u. a. aus, in Deutschland könne es keinen Kanzler geben, dessen ganze Arbeit einem anderen Ziele gewidmet wäre, als dem, dem gebundenen deutschen Volke die Fesseln wieder zu lösen. Wer anrate, die Fesseln mit Gewalt zu sprengen, übersehe, daß an den Händen und Füßen des gebundenen deutschen Riesen immer noch die Ketten rasseln. Auch lautes Reden allein habe noch niemals einem gefesselten Volke die Freiheit wieder verschafft. Ebensowenig dürfe für pazifistische Auffassungen im Deutschen Reiche Raum sein. Das habe die Geschichte des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr gezeigt. Sollte das Rheinland vergewaltigt werden, dann sei die Einheit, wie sie im besetzten Gebiet geschaffen sei, auch für das unbesetzte Gebiet erst recht notwendig, eine einheitliche Irredenta zu schaffen. Ein deutscher Reichskanzler werde niemals seine Unterschrift unter ein neues Raubdiktat setzen können.

Man begreife nicht, daß dieses Volk in seinem Jammer auch jetzt noch nicht zur Einheit des Wollens gekommen sei. In den besetzten Gebieten kenne man Frankreich, das heute noch dasselbe sei wie in den vergangenen Jahrhunderten. Man wisse, daß es dort keine Unterschiede des Wollens aller Parteien gibt und daß es im besetzten Gebiet nur deutsches Bewußtsein und deutschen Willen gibt. Das sei die Hoffnung der Deutschen in den besetzten Gebietsteilen. Von dem neuen Reichskanzler setze man voraus, daß er niemals ein Verhandlungsergebnis annehmen werde, das das Schicksal der Gefangenen und Ausgewiesenen im Unklaren läßt und das nicht die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet und den Wirtschaftszusammenhang zwischen hüben und drüben wieder einsetzen würde. Diesem Reichskanzler werde niemand die nationale Gesinnung abstreiten können. Wenn der Kanzler und die Deutsche Volkspartei, die ihn an seinen Posten stellte, als Opfer fielen, so wisse man, daß noch einmal die Möglichkeit erstehen muß, in der sich das ganze deutsche Volk hinter einen Führer schart. An dieser Möglichkeit aber, das Volk zusammenzubringen, und nur einem Führer zu folgen, fehle es heute noch.

Zur Frage der Verhandlungen mit Frankreich erinnerte der Redner daran, daß selbst Kriege nur geführt würden, um zu Verhandlungen zu kommen. Wenn der Kanzler zu einem erträglichen Verhandlungsresultat kommen solle, könne es ihm nur gelingen, wenn der passive Widerstand in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten bleibt und wenn nicht hinter ihm ein schimpfendes, weibisches Volk sich gegenseitig zerfleischt, wie es gegenwärtig im deutschen Volk aussehe. Man könne nur zu einem Ziele kommen, wenn sich das ganze Volk hinter den Führer stelle und ihm die Autorität im Innern sichert. Die ordnungsliebenden Kräfte des Volkes mögen die Regierung in ihrer Tätigkeit ungehemmt erhalten und die Ordnung sichern. Durch eine Aktivität der Massen, die in Bewegung gesetzt werden sollten, könne Deutschland heute nicht gerettet werden. Das Deutsche Reich müsse als geschlossene Einheit aus dem Chaos herausgeführt werden. 1919 habe es auch in der Pfalz Stimmen gegeben, sich von dem damals bolschewistischen Bayern zu trennen, aber man habe gewußt, daß Bayern nicht im Chaos verharren werde. Ein losgetrenntes Bayern würde für weite preußische Teile der Alarmruf sein, sich von Preußen loszusagen. Es könnte für sich allein nicht bestehen, sondern müsse Anlehnung jenseits der deutschen Reichsgrenzen suchen. Im besetzten Gebiet liebe man das Bayern der Ordung. Man solle aber festhalten am Reich und auch in Armut und Niedrigkeit. Die Pfälzer seien gute Bayern, aber das Wort habe für sie noch immer hohe Bedeutung: Deutschland, Deutschland über alles.

Nach dem starken Beifall dem Redner für seine Ausführungen gedankt hatte, stimmte die Versammlung stehend das der Deutschen an, worauf der Vorsitzende mit dem Gelöbnis, Treu hinter dem Kanzler zu stehen und den Glauben an das schöner erstrahlende Deutschland ins Volk hineinzutragen, die Versammlung schloß.

Weitere Kundgebungen in München

Gleichzeitig mit der Kundgebung der Deutschen Volkspartei hielten auch der völkische Rechtsblock, die sozialdemokratische Partei mit dem Vizepräsidenten des Landtags Auer als Referenten und der Bayernbund des Diplomingenieurs Ballerstedt Versammlungen ab, die sämtlich ohne Störungen verliefen. Lediglich in der Versammlung des Bayernbundes kam es in der Diskussion zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Rednern des Bundes und Nationalsozialisten, die ausführten, in den kommenden Tagen würden Ludendorff und Hitler die Führer des Volkes sein.

*

Vor neuen Reden Poincarés

Die Haltung Poincares, der erst kürzlich die deutsche Regierung recht offiziell hat wissen lassen, daß er zu Verhandlungen nur unter der Voraussetzung eines vorhergehenden förmlichen Verzichts auf den passiven Widerstand bereit sei, veranlaßt eine Berliner Mittagszeitung, nochmals darauf hinzuweisen, daß eine Kapitulation schlechthin für das Kabinett Stresemann nicht in Frage komme. Auch die weitestgehende Verständigungsbereitschaft habe ihre Grenzen da, wo die Unterwerfung unter den Willen des Gegners mit der Selbstvernichtung gleichbedeutend wäre. Wenn Poincare morgen in einer seiner Reden manches an die Adresse Deutschlands sagen werde, so sei doch nicht anzunehmen, daß er von seinem Dogma von der Kapitulation abweicht. Bloßer Zusicherungen seines Edelmutes nach einer Kapitulation wegen würde die deutsche Regierung zweifellos nichts tun und nichts tun können, um seine Rheinlandpläne zu sanktionieren.

Angriffe auf den italienischen Botschafter in Berlin

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Journal" erhebt gegen den dortigen italienischen Botschafter, Grafen Bosdari, den Vorwurf, dieser Diplomat habe noch vielmehr als Lord d'Abernon auf die Regierung Cuno eingewirkt, um den Ruhrkonflikt zu verschärfen. Er sei Frankreich noch gefährlicher geworden als der englische Botschafter. Nur die guten Beziehungen zwischen Poincare und Mussolini hätten die Pariser Regierung davon abgehalten, aus den Manövern Bosdaris den Schluß zu ziehen, daß in Rom eine antifranzösische Politik betrieben werde. Diese Einflüsterungen des italienischen und englischen Botschafters schreibt der Journalist die Haltung des Kabinetts Cuno zu.

Noch ein Urteil über die Folgen französischer Politik

Der Pariser Völkerrechtslehrer Professor Dr. Georg Scelle spricht von einer Krise im Völkerbund, die er im „Oeuvre" auf die Behandlung der Zuständigkeitsfrage im Völkerbund zurückführt. Nach seiner Ansicht ist es sehr ernst für den Völkerbundsrat, selbst daran zu denken, den Streitfall vor den internationalen Gerichtshof zu bringen, denn dadurch werde der erste Schritt unternommen zu einem System, den Haager Gerichtshof zum Schiedsrichter gewisser Organe des Völkerbunds zu machen, wodurch ihm eine konstitutionelle Vorherrschaft über alle Organe des Bundes gegeben würde. Professor Scelle sieht nicht ohne Mißvergnügen diesen Vorrang des Richters über die Politik, denn ein des Namens würdiger Richter habe oft mehr Autorität, aber immer mehr Mut als ein Diplomat. Daß die Dinge so kommen mußten, führt der Völkerrechtslehrer zum Teil auf die französische Politik zurück, über die er folgendes Urteil fällt: Die Krise im Völkerbund könne vom innerpolitischen Gesichtspunkt aus für die Franzosen heilsam sein, wenn sie begriffen, daß der rückschrittliche Nationalismus und die kleinliche Politik, die man am Quai d'Orsay mache, das Prestige Frankreichs, sondern auch die Zukunft der friedlichen Einrichtungen gefährdet sei, zu deren Stütze, nicht aber zu deren Feind sie sich in ihrem eigenen Interesse machen sollen.

*

Baldwin wieder daheim

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" berichtet, Baldwin habe gestern kurz nach seiner Ankunft in London eine Unterredung mit Lord Curzon über das Ergebnis seiner Verhandlungen in Paris gehabt. Im Laufe dieser Unterhaltung sei der Zeitpunkt des Zusammentritts des Kabinetts bestimmt worden, das sich mit der Reparationsfrage und dem englisch-französischen Abkommen zu beschäftigen haben werde.

Nach dem parlamentarischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" wird erwartet, daß der Kabinettsrat für Dienstag einberufen wird. Baldwin werde zweifellos die Ansicht der Dominions einholen, da ein solcher Schritt seine Stellung außerordentlich stärken würde.

Nach der „Times" wird die außerordentliche Befriedigung über die Zusammenkunft der Ersten Minister, die in Paris gezeigt wird, in offiziellen Kreisen nicht geteilt, aber man ist der Ansicht, daß die wirklichen Hindernisse für eine Zusammenarbeit keineswegs beseitigt worden sind, und die Befürchtung ausgesprochen werde, daß der vollständige Zusammenbruch und die Auflösung Deutschlands in jedem Augenblick erwartet werden könne, wodurch alle Pläne bedeutungslos würden.

---

* **Darmstadt**, 22. Sept. Das Hessische Ministerium des Innern hat den für Sonntag geplanten Demonstrationszug der Alkoholgegner auf Grund der Notverordnung vom März verboten. Die übrigen Veranstaltungen der Alkoholgegner sind gestattet.

Rückblick und Vorschau

Die Unruhen in Oberbaden — Neubildung der deutschen Wirtschaft — Die Umstellung der Sozialdemokratie — Wehrpflicht der Arbeit und Besitzes — Die „Reparationen" für uns — Der Wimpel von Trafalgar

Die Unruhen im badischen Oberland, deren Wellen einige belanglose Spritzer auch nach andern badischen Orten entsandten, haben in der heimischen Bevölkerung eine verhältnismäßig starke Beunruhigung geschaffen. Bislang galt Baden als eine glückliche Insel, die von Stürmen dieser Art verschont geblieben war; lediglich in dem einzigen Hafen Mannheim hatte von Zeit zu Zeit ein kleiner Wirbelwind lokales Unheil angerichtet. Daß die unterirdischen Wühler und kommunistischen Drahtzieher sich gerade Baden als neues Versuchsfeld ihrer Betätigung auserwählten, hatte vermutlich seinen Grund in der Annahme, daß angesichts der unerhört lendenlahmen und jederzeit zum Nachgeben bereiten Haltung der Regierungssozialdemokratie in Sachsen und Thüringen, es der sozialdemokratische Staatspräsident und Minister des Innern, Remmele, nicht wagen würde, in gleicher Weise gegen die Genossen der „proletarischen Einheitsfront" — was ist das eigentlich? — vorzugehen, wie es sein preußischer Amtskollege Severing tut. Dazu kam ein zweites, mehr „bürgerkriegstechnisches" Moment. Da Baden mit Ausnahme weniger Ortsgebiete vollständig in der neutralen Zone liegt, haben die Kommunisten und sonstigen Unruhestifter das Einsetzen der Reichswehr als das letzte Machtmittel des Staates hier nicht zu befürchten. Vielleicht glaubten sie auch, mit der örtlichen und der Landespolizei schon fertig zu werden. Hierin haben sie sich allerdings gründlich getäuscht. Die badische Regierung hat ohne viele Worte zu machen gehandelt und energisch dort durchgegriffen, wo es notwendig war, indem sie den sogenannten kleinen Belagerungszustand über alle jene Amtsbezirke verhängte, in denen die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht erschienen. Da ihr auch der Himmel in Gestalt von heftigen Regengüssen zur Hilfe kam, dämpften so viele Abkühlungen auf einmal den Feuereifer der Kommunisten, Unordnung und Wirrwarr zu schaffen, sodaß es außer den bedauerlichen, auch Menschenleben vernichtenden Zwischenfällen in Lörrach nirgends zu Blutvergießen gekommen ist.

Daß sich in Heidelberg überhaupt so etwas wie ein Generalstreik entwickeln konnte, ist bedauerlich, einmal wegen der dadurch ans Licht gebrachten inneren Schwächen des dortigen Gewerkschaftskartells, das nicht in der Lage war, die übermütig gewordenen Betriebsräte zurückzupfeifen, zum andern aber wegen der unglaublichen schlappen Haltung des Bürgertums und eines Teiles der Geschäftswelt, die auf den bloßen „Befehl" halbwüchsiger Burschen hin Verkaufsräume und Betriebe schloß. Ja sogar Schullehrer haben ohne Zögern den Unterricht ausfallen lassen, sobald derartige, kaum selbst der Schulbank entwachsene Helden in den Klassenräumen erschienen! Man kann nur wünschen, daß sich in Zukunft auf sie ein Teil der Energie überträgt, die ihre oberste vorgesetzte Behörde diesmal in erfreulicher Fülle aufgebracht hat. Daß auch die Landespolizei die auf sie gesetzten Erwartungen vollauf erfüllt hat, sei an dieser Stelle mit besonderer Anerkennung hervorgehoben.

Wenn diese Vorfälle, die im Rahmen der Gesamtereignisse mehr von örtlicher Bedeutung sind, an die Spitze der heutigen Rundschau gestellt werden, so geschieht dies auch aus dem Grunde mit, weil sie eines der Fieberkumptome sind, die die Krankheit des deutschen Wirtschaftskörpers anzeigen. Die bislang schleichende soziale Krisis ist akut geworden. Wenngleich sich auch die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe in den gewohnten landläufigen Formen der Schlagworte „Forderungen, Verhandlungen und Streik", so deutet ihr Inhalt neben anderen Anzeichen doch immer wieder darauf hin, daß wir uns äußerlich gesehen zwar einer Rückbildung, in Wirklichkeit aber einer Um- und Neubildung der deutschen Wirtschaft nähern. Allerdings nicht freiwillig, sondern gezwungen und gestoßen von harten Notwendigkeiten und getrieben von Motoren, deren Tourenzahl festzusetzen nicht von uns allein abhängt. So freilich, wie es sich die großen Theoretiker des Sozialismus dachten, geht es nicht. Auch das größte Finanzgenie der Sozialdemokratie, Herr Hilferding, hat einsehen müssen, daß in der rauhen Welt der Wirklichkeit die schönsten Programme rettungslos durchlöchert und zerfetzt werden. Daß die verschiedenen Projekte der Währungsreform, deren Ausführungsbestimmungen und vor allem ihre praktische Durchführung nicht jedermann befriedigen können, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren ist. Wenn aber jetzt schon hie und da sozialdemokratische Bezirksvereine dazu übergehen, die Abberufung der sozialdemokratischen Minister aus dem Reichskabinett zu verlangen, weil sie ihre Forderungen nicht durchsetzen können, so zeugt das von einer Beschränktheit der Auffassung, die der politischen Schulung der Parteimitglieder keine allzugroße Ehre macht. Wenn vollends Crispien, einer der letzten „ganz Unentwegten" aus der alten Schule, dem die Koalition verteidigenden Minister Severing entgegenhält: „Mehr proletarische, weniger staatsmännische Politik!", muß man darin lediglich das Ergebnis einer vierzigjährigen vollkommenen Gehirnverstaubung erblicken, deren Hauptgrund die völlige Außerachtlassung der außenpolitischen Notwendigkeiten gegenüber innenpolitischen Utopien ist.

Wenn je, so besteht doch heute Treitschkes Wort vom Primat der auswärtigen Politik zu Recht. Gerade vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus, die angesichts verschiedener Konkurrenten immer mehr den Charakter einer reinen Klassenpartei verliert, ist es notwendig, daß sie sich und ihre Anhänger auf die neuen Aufgaben der Politik und der Wirtschaft einstellt und sie dazu erzieht, mehr staatsmännisch als proletarisch und mehr wirklich wirtschaftlich zu denken, als es bisher der reine Fabrikarbeiter- und Konsumentenstandpunkt gestattete. Wie anders will denn gerade die Arbeiterschaft die große Umstellung der Wirtschaft, der wir entgegengehen, zu ihrem eigenen Vorteile mit erleben können? „Das Unternehmertum ist am meisten interessiert an der Fortentwicklung der Arbeiterklasse. In dem scharfen Konkurrenzkampf um die Eroberung der Weltmärkte können wir nur bestehen, wenn die deutsche Industrie in der Lage ist, den höchsten Anforderungen gerecht zu werden. Deshalb müssen auch vielfach an die Arbeiter ganz andere Forderungen gestellt werden, sodaß wir Arbeiter auf niedriger Kulturstufe in vielen Industrien garnicht brauchen können." Der dies gesagt hat, war kein Führer der Sozialdemokratie oder ein Heiliger aus der Bibel des Sozialismus, sondern der gegenwärtige Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann, der aber eine solche Formulierung nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, erst jetzt geprägt hat, um damit vor der Arbeiterschaft eine Verbeugung zu machen, sondern diese Forderung bereits vor fast 20 Jahren, nämlich 1904 von dem Verband sächsischer Industrieller erhob. Galt sie schon damals in den glücklichen Zeiten des Aufschwungs unserer Wirtschaft im Wettstreit um die Weltmärkte, so besteht sie heute erst recht, wo es sich um Wiederaufbau zerstörten und Wiedergewinn verlorenen Geländes handelt. Die „Wehrpflicht der Arbeit", von der Stresemann in Stuttgart sprach, ist nicht ausschließlich eine Vermehrung der Arbeitszeit, wie oberflächlich zunächst de-

MARCHIVUM

uteilt wurde, sondern sie besteht neben der selbstverständlichen Beseitigung des schlimmen, fast auf die Hälfte der Friedensleistung zurückgegangenen Zustandes vor allem in der Qualitätsarbeit, mit der es uns allein noch gelingen kann, im Wettkampf zu bestehen. Ueber eines muß man sich aber unter allen Umständen klar sein: Voran gehen muß die Wehrpflicht des Besitzes! Aus dem Ausgleich beider ergibt sich erst der soziale Frieden, der die Voraussetzung ist für die Kraft des Staates, den Frieden nach außen hin abzuschließen.

Damit sind wir abermals bei dem A und O unserer Gesamtpolitik angelangt, dem Abschluß des Ruhrkonflikts und der endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Der erste Abschnitt der Stresemanns Verständigungsaktion ist durch die beiden letzten Sonntagsreden Poincares und — vermutlich — durch die Zusammenkunft Baldwins mit Poincare in Paris abgeschlossen worden. Der zweite Teil kann, soweit wir dabei überhaupt noch in der Lage sind, aktiv mitzuwirken, nur kurz sein, da die Blutentnahme von Tag zu Tag größer wird. Auf welcher Grundlage sich etwaige neue deutsche Vorschläge, die bestenfalls nur Variationen unseres letzten Angebots sein können, bewegen werden, braucht heute ebensowenig erörtert zu werden, wie etwaige sonstige Schritte der Reichsregierung. Auch soll man nicht in ein derartig wie Spinnweben feines und dünnes Netz hineinrennen, wenn man nicht alles auf einmal gefährden will. Auf eines aber muß immer wieder von neuem hingewiesen werden: ohne „Reparation" aller der Schäden an Leib und Gut, die unsern verurteilten drangsalierten und vertriebenen deutschen Brüdern und Schwestern zugefügt wurden, ist jegliche Verständigung ausgeschlossen! Das ist eine Ehrenschuld für uns und unser ganzes Volk, von der wir uns nicht leichtfertig lossagen können. Und noch eines! Wenn etwa die Entente und insbesondere Frankreich glaubt, durch absichtliches Scheiternlassen der deutschen Bemühungen den ihm nachgerade unbequem und gefährlich gewordenen Reichskanzler fällen zu können, so irrt es gewaltig. Diese Regierung wird auf dem Posten bleiben, solange sie es nur vermag, weil sie sich ihrer Verantwortung nicht nur gegenüber dem eigenen Volke, sondern auch der ganzen europäischen Zivilisation bewußt ist. Die Worte Nansens in der gestrigen Sitzung des Völkerbundes beweisen, wie richtig man in den Kreisen der Neutralen unsere weltbedeutende Rolle erkannt und einschätzt.

In dieser Zeit der Uebergänge, die zu neuen schwerwiegenden Entscheidungen führen, darf es für das deutsche Volk nur eines geben: Korpsgeist und Selbstdisziplin. Nelsons Signalspruch am Morgen des Schlachttages von Trafalgar weht heute unsichtbar über Deutschland: „Das Vaterland erwartet, daß jedermann seine Pflicht erfüllt!"

Kurt Fischer.

Unter der Fremdherrschaft

Französische Wareninvasion im Rheinland

Mit großer Freude teilt der Straßburger Vertreter des „Petit Parisien" seinem Blatte mit, daß die kommerziellen Verhältnisse im Rheinland sehr ungünstig, aber für den französischen Handel höchst vorteilhaft geworden seien. Die Vernichtung der Mark habe infolge des schnell zunehmenden Mißtrauens gegenüber dem „bedruckten Papier" im Lande selbst, eine solche Preissteigerung herbeigeführt, daß die rheinländischen Erzeugnisse bereits hoch über dem Weltmarktpreis ständen. Dadurch könnten die französischen Textilfabrikanten leicht konkurrieren, wenn sie es nur verständen, sich des ihnen in Zahlung gegebenen Papiergeldes zu entledigen und es in stabile Devisen umzuwandeln.

Die Straßburger Handelskammer hat ein Rundschreiben verschickt, in dem es heißt, daß auf Grund des Versailler Vertrages elsäßisch-lothringische Erzeugnisse zollfrei in Deutschland eingeführt werden dürfen (Art. 68). — So arbeitet Frankreich für ein „blühendes unabhängiges Rheinland". Es freut sich über die Stillegung der Betriebe, die Unmöglichkeit konkurrierend aufzutreten und gibt sich in völliger Verkennung der Sachlage, der Illusion, daß ein seiner Produktionskraft beraubtes Volk die Mittel aufbringen könne, um der französischen Industrie ein „Absatzgebiet" zu sichern.

Der Essener Sabotagefall

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist der Stadt Essen ein Befehl der Besatzungsbehörde zugegangen, wonach General Jaquemot wegen des angeblichen Sabotageakts auf der Bahnstrecke Hüttenschied—Heisen—Mülheim am 22. Sept. für 8 Tage in den Kreisen Essen Stadt und Land und für 4 Tage in den übrigen der 77. franz. Division unterstellten Gebietsteilen den Verkehr der Straßenbahnen im Gebiet der Division mit Ausnahme einiger Linien verbot. Ferner wurde jeder Verkehr von Lastkraftwagen verboten, mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel und Medikamente befördern, sowie von Panzerkraftwagen und Fahrrädern mit Ausnahme derjenigen der Alliierten und derjenigen, denen von den Ortskommandanten besondere Erlaubnisscheine ausgehändigt werden wie Aerzten, Hebammen und Geistlichen. Diese Maßnahmen bedeuten eine Unterbrechung sämtlicher Verbindungen für Essen nach den andern Städten, und eine starke Beschränkung des Verkehrs im Stadtinnern.

Das Notgeld im besetzten Gebiet

Nach einer Meldung des Echo du Rhin aus Koblenz hat die interalliierte Rheinlandkommission eine Ordonnanz beschlossen, die die Ausgabe des Notgeldes der Städte und der Gemeinden regelt. Die Ausgabe wird nur einer gewissen Organisation von Betrieben und Gemeinden gestattet, die durch die interalliierte Rheinlandkommission in Listen eingetragen werden.

Beginn der Räumung Korfus

[•] Berlin, 22. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Wie gemeldet wird, haben die Italiener bereits mit der Räumung von Korfu begonnen. Die Artillerie und eine große Menge Munition ist bereits eingeschifft.

Ein Racheakt, aber kein politisches Verbrechen

Nach einer Meldung aus Prevesa wird der Bericht der von der Botschafterkonferenz eingesetzten Untersuchungskommission heute nach Paris abgehen. Man nehme an, daß die Griechen unschuldig seien, daß ihnen jedoch Fahrlässigkeit vorzuwerfen sei, da sie nicht alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln trafen, um die Mörder ausfindig zu machen. Andererseits hätten die Italiener einen Bericht abgefaßt, in dem sie das Anklagematerial Italiens gegen Griechenland zu verdichten suchten. Der spanische, der französische und der englische Vertreter seien, wie verlautet, überzeugt, daß der Mord ein Racheakt, aber kein politisches Verbrechen sei.

Zwischen Danzig und Polen

ist in Genf eine Vereinbarung über die Stellung Polens zu der neuen Danziger Währung abgeschlossen worden, die morgen unterzeichnet werden wird und dann dem Völkerbundsrat zugehen soll. Die Verhandlungen, die seit einigen Tagen dauern, werden von dem Danziger Finanzsenator Dr. Volkmann, dem polnischen Vertreter in Danzig Piscinski und dem zeitweiligen polnischen Finanzminister unter Mitwirkung des Finanzkomitees des Völkerbundes geführt. Durch die Vereinbarung sind alle Schwierigkeiten, die sich der neuen Danziger Währung von polnischer Seite entgegenstellen sollten, behoben.

Nach dem Abkommen wird vom Januar 1924 ab eine neue Währung geschaffen, die als Einheit den 25. Teil eines englischen Pfundes annimmt und die die Bezeichnung Gulden führt. Es wird eine neue Notenbank errichtet, an der sich die Danziger Banken beteiligen können, auch wenn sie mit polnischem Kapital arbeiten oder unter polnischem Einfluß stehen.

Die Polen machen dafür das Zugeständnis, daß sich auch Danziger Banken bei einer künftigen polnischen Notenbank beteiligen dürfen. Das Danziger Geld soll der polnischen Mark in rechtlicher Hinsicht auch in Polen gleich gestellt werden. Senator Volkmann (Danzig) begibt sich nach London, um dort wegen eines Kredits für die neue Notenbank zu unterhandeln. Im Notfalle dürfte aber die Danziger Währungsreform auch ohne solche Kredite durchgeführt werden.

Die „bayrische Frage" wird international

Dem Berliner Vertreter des „Journal" wird von Ententeseite (es dürfte die französische sein) mitgeteilt, daß die bayerische Nationalistenfrage in Kürze ihren rein innenpolitischen Charakter verlieren (!!) und in die Domäne der großen internationalen Politik eintreten werde, denn die Drohungen Bayerns richten sich nicht mehr gegen Berlin allein, sondern direkt gegen Frankreich. „Das bayerische Geschwür muß aufgestochen werden, damit Friede in Europa käme." (!!)

König Alfons und Rivera

[•] Berlin, 22. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Die „B. Z." erfährt Einzelheiten aus Barcelona über eine Unterredung des Generals Primo de Rivera, des Diktators der neuen Regierung und des Königs in San Sebastian, die sehr interessante Aufklärungen enthalten. Darnach hat der Diktator den König vor die Wahl gestellt, entweder sich zu unterwerfen oder abzudanken. Der König wünschte lebhaft, daß der General in seinem Ministerium auch Zivil-Minister aufnehme. Der Diktator weigerte sich aber kategorisch. Als der König weiter in ihn drang, antwortete ihm der General: „Ich habe in meiner Proklamation erklärt, daß ich entschlossen sei, alles zu tun, um das Vaterland und den König zu retten. Es ist nur eines möglich: Eines dieser beiden Worte wegzulassen". Darauf hat der spanische König nachgegeben.

Deutsches Reich

Die Meßzahlen für Beamten und Arbeiter

[•] Berlin, 22. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Der Reichshaushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Anpassung der Beamtengehälter u. der Reichsarbeiterlöhne mit den veränderten Geldwerten. Nach den Mitteilungen der Reichsregierung dürfte die Meßzahl in den Verhandlungen zwischen Reichsfinanzministerium und den Spitzen-Organisationen für das vierte September-Viertel bei den Beamtengehältern mit 7000 in Aussicht genommen werden. Für Ortszuschläge ist die Meßzahl 1065, für Hamburg 1785, für Köln und Essen 2675. Die Frauenzulage soll von jetzt ab nach Grundbetrag und Meßzahl berechnet werden. Der Grundbetrag soll sich auf 50 000 Mark pro Monat belaufen. Das dürfte für Berlin eine monatliche Frauenzulage von 404 250 000 Millionen ergeben.

Der Spitzenlohn der Buchdrucker

beträgt nach einer Meldung aus Berlin für die Woche vom 22.—28. September 850 Millionen Mark.

Aus dem Beamtenabbau-Gesetz

[•] Berlin, 22. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Ueber die im Entwurf des Beamtenabbaugesetzes in Aussicht genommenen Maßnahmen teilt eine hiesige Korrespondenz einige Einzelheiten mit. Danach wird an erster Stelle die Pensionierung aller über 65 Jahre alten Beamten in Aussicht genommen. Beamte, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, sollen auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn ihre Dienstunfähigkeit nicht nachgewiesen werden kann. Der Verwaltung soll ferner das Recht zustehen, daß diejenigen Beamten einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können, die den Anforderungen der Dienstwilligkeit und der Dienstfähigkeit nicht entsprechen. Das Gesetz soll vorläufig bis zum Jahre 1927 gelten. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung über die Verminderung des Beamtenkörpers überhaupt keinerlei Entschlüsse gefaßt hat.

Eine scharfe Rede gegen die Regierung

Mit dem Konflikt zwischen Beamtenschaft und dem Reichsfinanzministerium beschäftigte sich gestern abend eine Beamtenversammlung in der Bötzow-Brauerei in Berlin. Der Andrang war derartig gewaltig, daß ungezählte tausende von Beamten die Umgebung des Versammlungslokals bevölkerten. Als diejenigen, die im Saale keinen Einlaß hatten, im Garten eine Versammlung abhalten wollten, forderte ein Polizeibeamter zur sofortigen Räumung auf. Einer der Führer erklärte jedoch, daß er trotz des Verbotes reden werde. Die Erregung unter den Versammelten war außerordentlich groß, zumal der Referent, Dr. Weißmann, vom Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, eine sehr scharfe Rede gegen die Regierung führte. Er wandte sich vor allem gegen den Beamtenabbau. Wenn stets neue Behörden geschaffen werden, dann dürfe man sich über die Erbitterung nicht wundern. Zunächst sollten einmal die Ministerien abgeschafft werden. Der Redner verlangte die Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten und die vierteljährliche Vorauszahlung und verstieg sich sogar zu der Drohung, daß wenn der Deutsche Beamtenbund und die hinter ihm stehende Beamtenschaft einen sehr ernsten Schritt in Frage ziehen würde, wenn die Regierung die Rechte der Beamten nicht achten würde. In einer Entschließung wurden die Führer der Berliner Beamtenschaft beauftragt, in scharfer Weise die in letzter Zeit im Reichsfinanzministerium aufgekommenen Methoden der Schmälerung der wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft zu vertreten.

Da doch nicht anzunehmen ist, daß dem Redner die tatsächlichen Verhältnisse unbekannt sind, behauptet er Dinge — an die kein Mensch weder in der Regierung noch in den Parteien! denkt — offensichtlich nur zu demagogischen Zwecken.

Badische Politik

Landesjugendtag der Deutschen liberalen Volkspartei

Die Jugendgruppen der Deutschen liberalen Volkspartei in Baden hatten auf den Sonntag die einzelnen Ortsgruppen nach Karlsruhe zu einem Badischen Jugendtag eingeladen. Zweck der Tagung war, eine enge Fühlungnahme unter den Jugendgruppen herbeizuführen und einen ständigen Arbeitsausschuß zu bilden, der sich mit allen in Frage kommenden Arbeiten zu beschäftigen hat. Am Sonntag vormittag fand eine längere Aussprache über die Organisationsfragen im großen Saal des „Krokodil", und die anschließende Wahl der Arbeitsausschußmitglieder statt.

Für den Nachmittag war eine Festlichkeit im Saal des evangelischen Vereinshauses in der Blücherstraße vorgesehen, deren Mittelpunkt die von dem Landtagsabgeordneten und Landesvorsitzenden, Professor Weber gehaltene Festrede bildete. Außer ihm waren mehrere Mitglieder der Landtagsfraktion der Partei anwesend. Professor Weber zog eine geschichtliche Parallele zwischen der Zeit von dem Beginn des 19. Jahrhunderts bis zu Beginn der Befreiungskriege und der Jetztzeit und kam zu dem Schluß, daß jene Zeit der unsrigen gleiche, nur daß das, was vor mehr als 100 Jahren an Erpressung, Raub, Mord und Brandschatzung seitens der napoleonischen Kohorten geschah, diesmal in weit größerem Umfang sich an uns wiederhole. Die Stunde der Befreiung scheine jedoch heute noch in weiter Ferne zu liegen. So sehr Stresemann überzeugt sei, daß jetzt die bittere Not uns gebiete, mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen, so sehr sei er innerlich überzeugt, daß ein Geist in Deutschland lebe, der uns wieder herausführen werde aus unserer Not. Und von ganzem Herzen, aus seinem Innersten kommen die Aufrufe an das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes. Stresemann habe an das ganze deutsche Volk appelliert, endlich einmal sich an Entbehrungen und Sparsamkeit zu gewöhnen. Im Kampf an der Ruhr sehen wir sie zusammenstehen die Direktoren der Fabriken, die Besitzer der Großindustrie mit den Arbeitern, den Beamten, den Bürgern alle miteinander in gemeinsamem Leid und stumm getragener, ungeheurer Peinigung der Seele. Das sei zugleich ein Symbol für uns, die wir ferner wohnen von jenen großen Dingen, die da geschehen.

Letzte Meldungen

Erhöhung der Kohlenpreise

[•] Berlin, 22. Sept. (Von uns. Berliner Büro.) Im Anschluß an die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne werden von den Syndikaten entsprechende Anträge auf Erhöhung der Kohlenpreise gestellt. Gestern nachmittag befaßten sich bereits die Organe der Verbände mit dieser Frage, jedoch kam eine Einigung nicht zustande. Am Montag finden weitere Verhandlungen statt. Wie die B. Z. aus unterrichteten Kreisen erfährt, wird mit einer Preiserhöhung um ein Drittel gerechnet.

Der heilige Berg

Roman von Wilhelm Hagen

(9) Copyright by Carl Duncker, Berlin 62

Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

(Fortsetzung)

„Dann erwarte ich also im Laufe des Tages Ihren Bescheid!" entgegnete Vogelreuther, verneigte sich höflich und verließ mit kurzem Gruß das Zimmer.

Und nun begann eine Zeit qualvollen Wartens für Ruth. Die Stunden schlichen, die Minuten dehnten sich, die Sonne stieg höher und höher am Zenith, im Hotel drunten tönte die Hotelglocke, und Wildenbrunner kam nicht zurück. Ruth erhob sich vom Lager und starrte mit brennenden Augen zum Fenster hinaus, den breiten Kiesweg entlang, der nach der oberen Hochalm führte.

Bange stand sie so, und wieder flossen, während sie wie eine Angeklagte auf den Spruch ihres Richters wartete, ihre Tränen.

Endlich, als sich die Sonne schon stark gegen Westen zu neigen begann, sah sie Wildenbrunner müde und erschöpft von der Hütte zurückkommen.

Sie konnte es kaum erwarten, bis er die letzte Strecke Weges zurückgelegt hatte. Wieder und wieder winkte sie ihm, seine Schritte zu beschleunigen, und als er endlich keuchend vor ihr stand, brachte sie kaum ein Wort des Dankes hervor, sondern riß ihm nur hastig den Brief aus der Hand, erbrach ihn und las:

„Liebe Ruth!

Ich habe den Brief gelesen und glaube dir gern, was du mir versicherst. Ich will dir auch gerne verzeihen, wenn dir daran gelegen ist, denn ich weiß, daß die Hauptschuld einen anderen trifft, mit dem ich dafür noch abrechnen werde. Aber vergessen, das Grauenhafte, Entwürdigende des gestrigen Abends aus meinem Gedächtnis tilgen, das kann ich nicht, wenigstens heute und morgen nicht, auch die folgenden Tage nicht. So schwer es mir fällt, wir müssen uns trennen, Ruth. Ob auf immer oder nur auf einige Zeit, kann ich Dir heute noch nicht sagen. Aber jedenfalls müssen wir so lange getrennt sein, bis es mir möglich sein wird, das zu vergessen und für immer aus meinem Gedächtnis zu tilgen, was gestern vorgefallen ist.

Ich werde, damit Du in der Hütte wohnen bleiben kannst, zu Völkers ziehen. Außerdem habe ich meine Bank angewiesen, Dir monatlich entsprechende Beträge zu senden, damit Du im Besitz der nötigen Mittel bist. Wenn du sonst Rat oder Hilfe brauchst, so laß mir durch Völkers Bescheid zukommen. Aber mir selbst erspare eine Begegnung oder Aussprache mit Dir; denn was ich erlebte, hat mich so schwer getroffen, daß ich Ruhe brauche und allein sein muß, um mit mir selber fertig zu werden und den furchtbaren Schlag zu verwinden.

Rudolph."

Wildenbrunner hatte sich längst diskret zurückgezogen, Ruth aber ließ, als sie den Brief zu Ende gelesen, apathisch die Hände sinken und ging müde und schleppenden Schrittes nach ihrem Zimmer zurück. Nun das Urteil gesprochen war, fanden die Augen keine Tränen mehr, und die Hände knüllten gleichgültig und ohne jede Hoffnung folgende Antwort:

„Lieber Rudolph!

Ich weiß, daß ich trotz allem schuldig bin, und ich begreife, daß Du nicht verzeihen kannst. Ich sehe auch ein, daß wir getrennt sein müssen, und werde deinen Wunsch, eine Begegnung zu vermeiden, getreulich erfüllen.

Für Dein Anerbieten, mir die Hütte zu überlassen und mich mit Geld zu unterstützen, danke ich Dir. Aber Du wirst es vielleicht verstehen können, wenn ich beides ablehne. Denn wenn ich auch gefehlt habe, noch habe ich meinen Stolz, und lieber lasse ich mich von Vogelreuther als Tänzerin engagieren, denn daß ich von den Mitteln eines lebe, dessen Liebe und Achtung ich mir verscherzt habe.

Ist es Dir also je möglich, zu vergessen, was geschah, so weißt Du, wo Du mich finden kannst.

Ruth."

Ruhig kuvertierte sie den Brief, ging hinab ins Hotelfoyer und beauftragte einen Boy damit, ihn zu Fernleitner zu bringen.

Dann ging sie selbst zu Vogelreuther und teilte ihm in kurzen Worten mit, daß sie bereit wäre, mit ihm abzuschließen.

Als es in der verflossenen Nacht, etwa um die zwölfte Stunde, heftig an die Tür des Observatoriums geklopft hatte, war Völker verstört aus dem Schlafe gefahren und hatte nach Anruf und Feststellung des nächtlichen Besuches geöffnet.

Fernleitners verstörtes Gesicht ersparte ihm die Erkundigung, ob etwas geschehen wäre; denn aus seinen verfallenen und gequälten Mienen konnte man seine ganze Lebensgeschichte lesen.

„Würdest du mir wohl die Ruhe einer Nacht opfern?" bat Fernleitner den Freund mit bewegter Stimme. Und als dieser bereitwilligst bejahte fügte er noch hinzu: „Aber wenn es dir recht ist, wollen wir hier draußen vor der Hütte sitzen bleiben!"

Völker hörte ihm schweigend zu, nur hier und da eine Frage oder Ausruf der Verwunderung dazwischen werfend; und als der Dichter geendet hatte, vermied er jede banale Versicherung seines Mitgefühls und fragte nur kurz und sachlich: „Was wirst du jetzt tun."

„Zwischen Ruth und mir ist es aus!" erwiderte Fernleitner hart. „Ich glaube, das, was sie mir damit angetan hat, kann ich nie verwinden, weil es gewisse Dinge gibt, über die selbst die stärkste Liebe nicht hinwegkommt!"

„Und der Graf?" erkundigte sich Völker scheu.

„Dem überbringst du morgen meine Forderung!" beschied ihn Fernleitner. „Und sieh zu, daß du so schwere Bedingungen durchsetzen kannst als möglich!"

„Willst du denn wirklich — —" wollte Völker es versuchen, ihn schwankend zu machen.

Aber Fernleitner fiel ihm barsch in die Rede. „Kein Wort mehr darüber!" gebot er rauh. „Es verlangt mich, zu töten und dieses Tier vom Erdboden zu tilgen, damit es keinen Schaden mehr tun kann!"

„Und wenn du selbst — —", versuchte es der Geologe noch einmal.

Da umspielte Fernleitners Mund ein grausames Lächeln. „Sorge dich nicht!" sprach er hart.

Wieder herrschte einige Minuten beklommenes Schweigen; dann fragte Völker: „Kann ich dir sonst noch irgendeinen Gefallen tun?"

„Ja, einen großen sogar!" nickte Fernleitner. „Ich wollte dich bitten, ob du mir noch in deiner Hütte Gastfreundschaft gewähren willst?"

„Du willst den Winter über hier bleiben?" forschte Völker mit aufkeimender Freude.

Fernleitner bejahte. „Ich hoffe auf das große Wunder der Befreiung, das der Berg an sich selbst vollbringen wird. Und dieses Wunder muß ich miterleben!"

„Du bist uns natürlich von Herzen willkommen!" versicherte Völker dem Freund.

Fernleitner drückte ihm die Hand. „Ich danke dir! Denn, weißt du, in meiner Hütte drunten könnte ich nicht bleiben! Der Ort, an dem mich tausend Erinnerungen an Ruth unablässig quälen und foltern würden, ist mir verleidet für immer."

(Fortsetzung folgt.)

MARCHIVUM

Mannheim am Wochenende

Die Tätigkeit der Mannheimer Wucherpolizei: mühevoll, aufreibend und undankbar — Mißtrauen und Ablehnung in der Geschäftswelt — Starke Zunahme der Anzeigen wegen Uebervorteilung

Säuberung des Altmetallhandels von unreellen Elementen

In dem Wirrwarr unserer wirtschaftlichen Verhältnisse kommt der Tätigkeit der Mannheimer Wucherpolizei eine bei weitem größere Bedeutung als in normalen Zeiten zu. Es ist infolgedessen angebracht, einen zusammenfassenden Ueberblick über das mühevolle, aufreibende, undankbare Wirken des Wucherbeamten im Dienste der Allgemeinheit zu geben. Soviel steht fest: er ist kein willkommener Gast, weil man, wenn er ein Geschäft betritt, unwillkürlich annimmt, daß er Unangenehmes bringt. Man kann ihn am besten mit dem Gerichtsvollzieher oder dem Erheber der städtischen Gebühren vergleichen. Wie diese beiden Beamten gehört der Wucherbeamte zu den Leuten, die man lieber scheiden als kommen sieht. Aber an diese Unbeliebtheit ist er nun schon gewöhnt. Unermüdlich, unbekümmert um die Meinung seiner „Klienten" tut er seine Pflicht in dem Bewußtsein, dem Staatsganzen zu dienen, wenn er dazu beiträgt, daß die Auswüchse, die sich bei der ins riesenhafte anschwellenden Teuerung herausbilden, rücksichtslos bekämpft werden. In einer informatorischen Besprechung, die uns dieser Tage der Vertreter des Polizeidirektors bereitwilligst gewährte, gewannen wir den Eindruck, daß allein schon die Existenz der Wucherpolizei einen stark hemmenden Einfluß auf skrupellose Elemente ausübt. Der ehrbare Kaufmann hat den Besuch des Wucherbeamten nicht zu fürchten. Das Herz wird ihm nicht schneller schlagen, wenn der Kontrolleur unerwartet sein Geschäft betritt, weil er weiß, daß er jederzeit sich rechtfertigen kann. Man sollte infolgedessen das Mißtrauen fallenlassen, das dem Wucherbeamten gegenüber vielfach noch in der irrtümlichen Meinung an den Tag gelegt wird, daß man es mit einem Laien zu tun hat, der von kaufmännischen Dingen nichts versteht. Der Wucherbeamte ist für seine Funktionen durch kaufmännische Kurse vorgebildet und infolgedessen durchaus in der Lage, eine Kalkulation kritisch zu prüfen und zu beurteilen, ob die Ware richtig ausgezeichnet ist. Es muß bei dieser Gelegenheit von neuem darauf hingewiesen werden, daß gegenüber den Polizeiorganen nach gesetzlicher Vorschrift eine Auskunftspflicht des Handeltreibenden über Herkunft der Ware und Einstandspreis besteht und daß die Verweigerung der Auskunft eine strafbare Handlung darstellt.

Der Wucherpolizeitrupp, der seit 1921 besteht, setzt sich aus zwölf Beamten unter Führung des Polizeisekretärs Seidel zusammen, der dem technischen Leiter, Oberinspektor Weigel, rapportiert. Der Trupp ist eine Unterabteilung der Fahndungsabteilung und untersteht infolgedessen der Polizeidirektion. Auf unsere Frage, welche Aufgaben der Wucherbeamte zu erfüllen hat, wurde uns erwidert: Die Aufgaben werden jeden Tag vom Publikum gestellt! In der Hauptsache sind es z. Zt. die Anzeigen wegen Preistreiberei, die dem Wucherbeamten eine Fülle mühevoller Arbeit zuweisen. Der Rekord wurde dieser Tage mit 140 Anzeigen erreicht. Die enormen Preisschwankungen, die trotz Grundziffer und Multiplikator immer noch in den Geschäften bei ein und demselben Artikel festgestellt werden, veranlassen die Verbraucherschaft, sich entweder schriftlich oder mündlich an die Wucherpolizei zu wenden. So wurde, um ein Beispiel aus den Anzeigen herauszugreifen, von einem Käufer darüber mit Recht Beschwerde geführt, daß ihm für ein Paar Gummiabsätze in dem einen Geschäft 7 Millionen und in dem andern 1½ Millionen abverlangt wurden. Es muß in diesem Falle Aufgabe der Wucherpolizei sein, festzustellen, welcher von den beiden Kaufleuten nicht richtig kalkuliert hat. Daß manche unberechtigte Anzeige erstattet wird, liegt auf der Hand. Aber das muß vom Einzelhändler mit in Kauf genommen werden. Es ist Pflicht der Wucherpolizei, jede Anzeige auf das genaueste zu prüfen. Das Ergebnis der Erhebungen wird dann der Staatsanwaltschaft zur Weiterbehandlung übergeben. In Preußen und Bayern ist der Rahmen der Kompetenzen der Wucherpolizei weiter als in Baden gespannt. In diesen Ländern werden die Erhebungen bis zu einem gewissen Abschluß fortgeführt und dann erst der Staatsanwaltschaft übergeben.

In den letzten Wochen wurde die Preisauszeichnung des Einzelhandels einer gewissenhaften Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis war eine stattliche Anzahl Anzeigen wegen Unterlassung der Preisauszeichnung. Seit der Einführung der Grundziffer mit Multiplikator ist die Beobachtung zu machen, daß die Waren zwar ausgezeichnet werden, aber doch immer noch nicht in dem wünschenswerten Umfange, weil viele Gegenstände als Luxusartikel angesehen werden, die zu den Artikeln des täglichen Lebensbedarfs gehören. Was soll man z. B. dazu sagen, daß ein Zephirhemd nicht ausgezeichnet wird, weil es der betr. Kaufmann zu den Luxusartikeln zählt, für die keine Auszeichnung vorgeschrieben ist? Bei gutem Willen wird sich auch hier ein Ausweg finden lassen. Jeder einsichtige Kaufmann darf es wegen der Preisauszeichnung nicht zu einer Bestrafung kommen lassen. Der Einzelhandel hat zudem allen Grund, möglichst viele Artikel im Schaufenster mit Preisen zu versehen, weil die Verbraucherschaft die Auszeichnung verlangt. Daß der Laie mit der Grundziffer und dem Multiplikator nach wie vor nichts viel anzufangen weiß, ist eine Sache für sich. In diesem Zusammenhang dürfte die Mitteilung interessieren, daß vorige Woche im Karlsruhe im Ministerium des Innern eine Besprechung zwischen den Vertretern des badischen Einzelhandels u. den Behörden stattgefunden hat. In der Aussprache, die von den Behörden auf Wunsch von Verbraucherseite veranlaßt wurde, kam als Standpunkt des Ministeriums zum Ausdruck, daß nach der neuen Preistreibereiverordnung die Preisauszeichnung in Reichswährung zu erfolgen hat. Es sind zwar Bestrebungen im Gange, die Goldmarkberechnung einzuführen, aber solange die gesetzgebenden Körperschaften noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, muß man davon absehen, jetzt schon die Auszeichnung in Goldmark vorzunehmen. Es bleibt infolgedessen bei der jetzigen Auszeichnung in Grundziffer und Multiplikator. Das Publikum muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um Grundpreise handelt, sondern um Grundziffern. Der Unterschied ist einleuchtend.

Auf dem Wochenmarkt sind die Wucherbeamten schon lange bekannte und viel in Anspruch genommene Persönlichkeiten. In Gemeinschaft mit den Organen des Preisprüfungsamtes und den Beauftragten der Preisprüfungsstelle wird an jedem Markttage die Kontrolle der Preise vorgenommen und in all den Fällen mit der erforderlichen Schärfe vorgegangen, in denen sich Preistreiberei oder Kettenhandel herausstellt. Wer nur eine halbe Stunde in glühender Sonnenhitze auf dem Marktplatze herumgewandert ist, wird zugeben müssen, daß diese Kontrolltätigkeit an die physische Leistungsfähigkeit der Beamten große Anforderungen stellt. Nicht minder gewissenhaft muß die Wucherpolizei auf dem Viehmarkt auf dem Posten sein. Die Beamten stalten dem Markt schon Sonntags den von gewissen Leuten nicht gern gesehenen Besuch ab, um zu verhindern, daß das Vieh nicht schon vor dem Markte unter der Hand verkauft wird. Sehr scharf ist die Kontrolle der Viehhändler geworden. Der Wiederbeschaffungspreis wird zwar nicht anerkannt, aber die Geldentwertung darf bei der Preisbemessung berücksichtigt werden. Der Viehhändler muß sich auch darüber ausweisen, von wem und zu welchem Preise er das Vieh eingekauft hat. Man wird zugeben müssen, daß auch diese Tätigkeit nicht zu den angenehmen Dienstobliegenheiten gehört, weil sich der Händler nicht gern auf Herz und Nieren prüfen läßt, aber eine scharfe Kontrolle ist bei den riesigen Steigerungen, die den Viehpreis von Markttag zu Markttag um Millionen bei einem einzigen Pfund Lebendgewicht in die Höhe treiben, mehr denn je unentbehrlich.

Diese Kontrolle hat sich auch auf die Metzgerläden ausgedehnt. So wurden dieser Tage 30 Metzger einer Kontrolle nach der Richtung unterzogen, ob die Fleisch- und Wurstpreise nicht die zulässige Grenze überschritten. Es ist dabei zu beachten, daß die Wucherpolizei an die von der Fleischerinnung festgesetzten Richtpreise nicht gebunden ist. Für sie kommt lediglich in Betracht, ob der einzelne Metzger nach dem Einstandspreis des Schlachtviehes seine Preise so bemessen hat, daß man von keinem zu großen Nutzen sprechen kann. In dieser Beziehung haben sich mehrere Beanstandungen ergeben. So hatte ein Metzger seine gesamten Unkosten bei einem Rind einkalkuliert, obwohl einwandfrei festgestellt wurde, daß er mindestens 1½ Rinder in der Woche schlachtet, die Schweine und Kälber nicht eingerechnet. Auch die Kühlräume, die die Metzger im Schlachthof gemietet haben, wurden einer Kontrolle unterzogen. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß in den Kühlräumen nur wenig Fleischvorräte vorhanden waren. Damit ist die im Publikum ziemlich verbreitete Meinung entkräftet, daß die Metzger Fleisch in größeren Mengen zurückhalten, um es zu bedeutend höheren Preisen als am Tage der Schlachtung abzusetzen. Im Interesse der Substanzerhaltung der Metzger wäre mehr Entgegenkommen durchaus angebracht. Die Wucherpolizei aber muß sich auch hier nach den gesetzlichen Vorschriften richten.

Mit erfreulicher unerbittlicher Schärfe wurde gegen den unerlaubten Handel mit edlen und unedlen Metallen vorgegangen. Die fortgesetzte scharfe Kontrolle sämtlicher Althändler hatte zur Folge, daß eine Anzahl unerwünschter landfremder Elemente, die erst in den letzten Jahren zugewandert sind, den Staub Mannheims von den Füßen geschüttelt haben, ehe es zur Ausweisung kam. Die Althändler werden nach wie vor durch besondere Fahndungstrupps kontrolliert. Dieser Tage verlegte die gesamte Wucherabteilung ihre Tätigkeit auf den Hauptbahnhof. Man war dahintergekommen, daß zahlreiche Personen schon längere Zeit unerlaubten Handel mit Lebensmitteln treiben. Die Kontrolle der ankommenden verdächtigen Reisenden hatte einen ungeahnten Erfolg. Beträchtliche Mengen Butter, Eier und Mehl wurden den wilden Händlern, unter denen sich auch Arbeitslose befanden, abgenommen. Der wilde Handel muß auf das schärfste bekämpft werden. Es ist deswegen erfreulich, daß diese Razzia einen so durchschlagenden Erfolg hatte. Die Kontrolle auf dem Bahnhof erstreckt sich auch auf Waggonladungen. Auf dem Rangierbahnhof war eine Zeitlang ständig ein Wucherbeamter tätig, der die weitergehenden Sendungen überwachte. Erfolge waren auch hier zu verzeichnen. Eine hiesige Zeitung hatte kürzlich berichtet, auf dem Rangierbahnhof stünden drei Waggon Zucker, die verschoben werden sollten. Als man der Sache auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß es Transitware aus Danzig war, eine Verschiebung demnach nicht in Frage kam.

Die Gewerkschaften hatten in einer Eingabe das Ministerium des Innern ersucht, die Anordnung zu treffen, daß die Namen derjenigen bekannt gegeben werden, die sich des Wuchers und der Preistreiberei schuldig machen. Die hiesige Polizeidirektion steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Bekanntgabe der Namen nicht erfolgen kann, solange es den Betroffenen möglich ist, in Fällen, in denen sich nachher herausstellt, daß eine strafbare Handlung nicht vorliegt, die Polizeibehörde für den verursachten Schaden haftpflichtig zu machen. Das Ministerium hat sich diesem Standpunkt angeschlossen, gibt aber anheim, in ganz krassen Fällen die Sünder durch Preisgabe der Namen an den Pranger zu stellen.

Fahrraddiebstähle haben zwar nichts mit wucherpolizeilichen Funktionen zu tun, aber da die Frechheit der Spitzbuben selbst vor den Hallen des Bezirksamtes nicht Halt macht, muß darauf eingegangen werden. Als wir das Gebäude zur Einholung der für diesen Artikel verwandten Informationen betraten, wurde ein Fahrradmarder abgeführt. Ein Herr, der in Zimmer 11 im Erdgeschoß zu tun hatte und infolgedessen sein Rad draußen auf dem Gang stehen ließ, sah gerade noch, als er das Zimmer verließ, wie der Dieb mit dem Rad verschwinden wollte. Bei der Festnahme fand man in den Taschen des Langfingers eine Knipszange, einen Revolver und ein Dolchmesser. Man scheint demnach einen guten Fang gemacht zu haben. Der Dieb war elegant gekleidet. Er hatte gelbe Schuhe und rosaseidene Strümpfe an und trug einen hellgrauen Anzug. Die Fahrraddiebstähle nehmen in letzter Zeit überhand. Selbst angeschlossene Räder sind nicht mehr sicher. Die Kette, an die das Rad angeschlossen ist, wird von den Dieben einfach durchgeknipst. Es empfiehlt sich deshalb, in der Auskunftsstelle im Bezirksamt sich Fahrradsicherungen zeigen zu lassen, die einen Diebstahl ausschließen.

Richard Schönfelder.

Städtische Nachrichten

Wohnungsbauabgabe

Von Heinrich Schneider, Stadtverordneter

Um den Wohnungsbau zu fördern und die Wohnungsnot zu lindern, erhebt Staat und die Gemeinde eine Wohnungsbauabgabe von den Wohnungsinhabern. Mit diesen Mitteln soll gebaut werden. Am 19. Juni d. J. genehmigte der Bürgerausschuß mit einer nicht großen Mehrheit die Erhebung der Wohnungsbauabgabe von nominell 200 Proz. Einzelne gewerbliche Berufe wurden dazu noch mit einem 50 bezw. 100 Proz. höheren Beitrag bedacht. Einige Tage nach Annahme dieser Vorlage, erschien in einer hiesigen Zeitung ein Artikel, worin ein Tadel gegen die ablehnende Haltung derjenigen Rathausfraktionen enthalten war, die nicht für diese Vorlage stimmten. Der Schreiber meinte:

„Der zustimmende Teil des Bürgerausschusses sei jedenfalls besser beraten gewesen, als die Opposition. Er habe damit gesorgt, daß auch in Mannheim gebaut werde. Mit der beschlossenen Wohnungsbauabgabe könnten ohnehin nur 270 Wohnungen erstellt werden bei z. Zt. 5700 dringlichen Wohnungsuchenden. Da es keine andere Möglichkeit zum Bauen, als durch Erhebung von Wohnungsbauabgabe gebe, müsse diese in erhöhtem Maße erhoben werden. Vielleicht gebe es andere Mittel und man solle andere Wege weisen, wie man die Wohnungsnot bekämpfen könne."

Inzwischen hat die Wohnungsbauabgabe eine weitere Erhöhung erfahren, da der gemischte beschließende Ausschuß in seiner Sitzung den gemeindlichen Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe für den Monat August auf 574 Proz. des Gebäudesteuerwertes festgesetzt hat. Es ist interessant festzustellen, wie sich die Höhe der Wohnungsbauabgabe im August zu der Gesamtmiete seines Hauses von Mk. 100 000 Steuerwert stellt. Bei einer gesetzlichen Grundmiete von 5 Proz. des Gebäudesteuerwertes ging in einem solchen Hause im Monat August eine gesetzliche Gesamtmiete von rund einer Million Mark ein. In dieser Gesamtmiete waren sämtliche Abgaben an Steuern und Abgaben, die auf den Monat prozentual entfielen, enthalten, die großen und kleinen Instandsetzungskosten für das Haus eingerechnet. Für die gemeindliche Wohnungsbauabgabe allein zahlen die Wohnungsinhaber des gleichen Hauses im August rund Mk. 900 000. Jeder Mieter zahlt an gemeindlicher Wohnungsbauabgabe nun fast soviel, wie seine Monatsmiete beträgt. Man ist also auf dem besten Wege, — und die nachfolgenden Monate werden es zeigen —, daß die gemeindliche Wohnungsbauabgabe die Wohnungsmiete bei weitem übersteigen wird. Ist nun mit der Wohnungsbauabgabe in Mannheim wesentlich gebaut worden? Kann man von einer nur kleinen Behebung der Wohnungsnot sprechen? Hat man etwas davon gemerkt, daß, wie s. Zt. in obigem Artikel geschrieben wurde, das gesamte Bauhandwerk, die Industrie, der Handwerker, Angestellte und Arbeiter mehr zu tun bekommen haben? Haben die Wohnungsuchenden ihre Wünsche nur im Entferntesten erfüllt bekommen? Wo ist die Fertigstellung der angefangenen Bauten geblieben? Wo die 270 neuen Wohnungen?

Nun schrieb man damals: Vielleicht gibt es andere Mittel als die Wohnungsbauabgabe, man solle andere Wege weisen, wie man die Wohnungsnot bekämpfen könne. Diese Mittel gibt es. Sie sind auch schon in vielen Aufsätzen und Forderungen von berufenen Personen und Organisationen veröffentlicht und den Behörden unterbreitet worden. Der Bund deutscher Architekten, der die Sachlage als Bausachverständiger doch wohl am besten beurteilen kann,

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Der Mannheimer Kunstverein E. V.** will versuchen, seine Ausstellungstätigkeit wieder aufzunehmen. Die regelmäßigen Ausstellungen sollen ab Sonntag, den 23. ds. Mts. wieder zu den üblichen Besuchsstunden geöffnet sein. Es ist kaum möglich, von auswärts größere wertvolle Sammlungen zu erhalten. Trotzdem ist geplant, eine Reihe Künstler guten Ranges zur Ausstellung zu veranlassen. Es bedarf hierzu freilich der Unterstützung der Mitglieder, der Kunstfreunde und aller kunstsinnigen Kreise. Vor allem gilt es aber auch namentlich den hier und in der Nähe wohnenden Künstlern zu helfen, diese schwere Zeit durchzuhalten. In der ersten Ausstellung sind vertreten: J. F. Wilhelm 16 Oelgemälde, E. Meichers 11 Oelgemälde, A. Eichler 2 Oelgemälde, 5 Aqu., Rudi Müllers 12 Oelgemälde, 70 Rad., Gustav Jakob 11 Holzschn., K. Dexheimer 1 Oelgemälde, W. Kühn, Leipzig 8 farb. Zeichnungen, 11 Schwarzweiß-Blätter.

⊙ **Ferdinand Avenarius †.** Ferdinand Avenarius, der Gründer und langjährige Herausgeber des „Kunstwart" ist, 67 Jahre alt, auf Sylt gestorben. In Berlin geboren, studierte Avenarius in Leipzig und Zürich erst Naturwissenschaften, dann Kunst und Literatur und ließ sich dann in Dresden nieder. Seine Lebensaufgabe sah er in der Popularisierung der bildenden Kunst und diesem Zwecke machte er den von ihm begründeten „Kunstwart" und später daran anschließend die Kunstwartunternehmungen dienstbar. Er führte den Kampf gegen den Kitsch im Wandschmuck erfolgreich durch. Herausgabe seiner Kunstmappen, die sich schnell überall Eingang verschafften. Auch literarisch hat sich Avenarius durch mehrere Gedichtbände und eine Antologie, das „Hausbuch der deutschen Lyrik" betätigt. Auch als Dramatiker hat er sich versucht und unter anderem einen neuen „Faust" geschrieben.

⊙ **Eine Weltreform des Kalenders.** Der Kampf um den feststehenden Ostertag, der schon seit mehr als einem halben Jahrhundert geführt wird, tritt jetzt in ein neues, bedeutsames Stadium. Die Kommission für Handel und Verkehr des Völkerbundes hält in Genf eine Tagung ab, deren Gegenstand die Festlegung von Ostern und die damit verbundene Reform des Kalenders sein soll. Die Frage ist für den internationalen Handel von großer Bedeutung, und deshalb werden die Gutachten der Handelskammern von großer Wichtigkeit sein. Sie dürften allgemein für die Festlegung des Osterfestes ausfallen, denn schon 1920 wurde eine Entschließung der internationalen Handelskammern, bei denen 37 Länder vertreten waren, in diesem Sinne abgefaßt. Daneben ist diese Kalenderreform freilich auch eine kirchliche Angelegenheit, und deshalb hat die Kommission kirchliche Vertreter zu den Verhandlungen gebeten. Es werden neben einem besonderen Sachverständigen der anglikanischen Kirche Delegierte des Vatikans und ökumenischen Patriarchats zugegen sein. Die ganze Frage wurde 1921 von Lord Desborough in Fluß gebracht, der im englischen Oberhaus ein Gesetz einbrachte, das Ostern auf einen bestimmten Tag festlegen wollte. Vorgeschlagen war der zweite Sonntag im April, nach dem alle anderen Feste bestimmt werden sollten, mit Ausnahme des ersten Adventsonntages, der unverändert bleiben sollte. Ueber die Haltung der römisch-katholischen Kirche ist man sich noch nicht klar, obgleich viele führende Geistliche ihre Zustimmung zu der Festlegung ausgesprochen haben. Einen hochbedeutsamen Fortschritt aber bedeutet die Haltung der griechisch-katholischen Kirche. Die Versammlung der all-orthodoxen Kirche, die in Konstantinopel stattfand, hat nämlich die Abschaffung des Julianischen Kalenders verfügt, der bekanntlich bisher noch in der griechisch-katholischen Kirche galt. In dieser Verordnung heißt es: „Der Julianische Kalender wird richtig gestellt durch die Fortlassung von 13 Tagen, die der Julianische Kalender bisher hinter dem Gregorianischen zurück war. Um dies zu erreichen, soll der 1. Oktober 1923 als 14. Oktober gezählt werden und alle Feste, die auf diese 13 Tage fallen, am 14. Oktober gefeiert werden." Das Datum des Osterfestes soll nach den astronomischen Berechnungen festgelegt sein, wie sie in den Observatorien der der orthodoxen Kirche angehörigen Mächte Griechenland, Serbien, Rumänien und Rußland bestimmt werden. Ausdrücklich erklärt sich diese Verordnung aber auch zu weiteren Reformen bereit und befürwortet „die Ausarbeitung eines Weltkalenders, der in praktischer und wissenschaftlicher Hinsicht vervollkommnet sein soll." Die orthodoxe Kirche zieht damit die Folgerungen aus den neuen Verhältnissen im östlichen Europa, die eine längere Abschließung gegen die allgemeine Zeitberechnung nicht mehr duldeten. Mancher wird am 1. Oktober darüber klagen, daß er plötzlich 13 Tage seines Lebens verliert, so wie Gibbon im Jahre 1752, als der gregorianische Kalender eingeführt wurde, sich in einem humoristischen Schreiben darüber beklagte, daß man ihn plötzlich älter gemacht habe. Aber das internationale Leben verlangt eine größere Gleichförmigkeit der Kalenderberechnung und die Weltreform, die auch einen festen Ostertag umfassen muß, wird sich nicht länger aufhalten lassen.

⊙ **Wiener Richard Straußfest 1924.** Zum 60. Geburtstag von Richard Strauß wird im nächsten Jahre von der Wiener Staatsoper und der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien ein großes Richard Straußfest von internationalem Charakter veranstaltet werden, an dem sich auch die Wiener Philharmoniker beteiligen sollen. Einladungen werden an alle führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Kunst u. Literatur in allen Ländern ergehen. Die Feier wird in einer zyklischen Aufführung aller dramatischen und symphonischen Werke des Meisters, sowie in einer Auslese aus seinem lyrischen Schaffen bestehen und soll in der ersten Hälfte des Mai 1924 stattfinden.

⊙ **Erwerbung der Oldenburger Bilder für Amsterdam.** Der Hauptteil der Galerie des früheren Großherzogs, den dieser nach der Umwälzung nach Holland verbringen ließ, wird nun leider, wie aber schon zu erwarten war, vom holländischen Staate erworben werden. Das Regierungsjubiläum der Königin ist für diesen Entschluß nicht ohne Einfluß geblieben: was an der Kaufsumme noch fehlte, ist jetzt von gebefreudigen Holländern gezeichnet worden, und noch in diesem Monat soll das Ganze in Amsterdam öffentlich gezeigt werden, nachdem es bisher jahrelang in Verwahrung einer dortigen Kunsthandlung gewesen war. Die treibende Kraft bei der Erwerbung war der neuberufene Leiter des Amsterdamer Reichsmuseums, Schmidt-Degener, der die Vereinigung Rembrandt, den holländischen Museumsverein, dafür zu interessieren verstand. Vor einem Jahre noch plante der frühere Großherzog den Verkauf einzelner Stücke nach Amerika, doch ist diese Absicht in den meisten Fällen mißlungen. Die besten deutschen Kenner früherer Zeiten, z. B. Mündler, haben an dem Ausbau der Oldenburger Galerie mitgewirkt. Daß sie in ihrer Vollständigkeit Staatseigentum bei der rechtlichen Auseinandersetzung mit dem früheren Großherzog werden konnte, ist leider unmöglich gewesen.

Literatur

* **Annette von Droste-Hülshoff:** Gedichte. Herausgegeben von Hermann Missenharter. Mit 4 Bildtafeln. Verlag Strecker u. Schröder in Stuttgart. Die Gedichte der westfälischen Freifräuleins Annette von Droste-Hülshoff gehören zum rätselhaftesten und schönsten Besitz unserer Literatur. Sie erschließen sich immer weiteren Kreisen und sollten Gemeingut werden; denn die Droste ist nicht nur Deutschlands größte Lyrikerin; auch im Bereich der anderen Literaturen ist keine ihres Geschlechtes zu erblicken, die ihr den Rang streitig macht. Ihre Schöpfungen sind geistig anspruchsvoll, tief und klar, aber oft auch herb und von männlicher Haltung und Kraft. Die vorliegende Auswahl vereinigt alle wesentlichen Stücke, ist mit 4 Bildtafeln geschmückt und so ein entzückendes Geschenkbändchen.

* **A. Krämer:** Salamasina. Bilder aus altsamoanischer Kultur und Geschichte. Mit 16 Federzeichnungen. Verlag von Strecker u. Schröder, Stuttgart. Unlängst ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß sich die Eingeborenen der samoanischen Inselgruppe über die neuen Regenten beschweren und sich nach den Verhältnissen, wie sie unter deutscher Herrschaft waren, zurücksehnen. Da wird es manchen interessieren, von kundigen Lippen Erzählungen aus der Vergangenheit dieser Inselbewohner zu hören, die auch heute noch keine schriftliche Ueberlieferung kennen und doch mit erstaunlicher Genauigkeit die Geschichte ihrer Stammesahnen im Gedächtnis bewahren. In einem jahrelangen Aufenthalt auf Samoa hat der Marine-Stabsarzt Professor Krämer diesen mündlichen Ueberlieferungen nachgespürt und im vorliegenden Buche die Ergebnisse zum erstenmal veröffentlicht. Was er bietet, ist nicht trockene Gelehrtenarbeit, sondern Verarbeitung einer Dichtung der Primitiven, wie sie sich um die Königstochter Salamasina und ihre Vorfahren gewoben hat.

MARCHIVUM

spricht sich mit seinen Entschließungen mit aller Klarheit dahin aus, daß die Einführung der freien Wirtschaft im Bau und Wohnungswesen erforderlich ist unter Schonung der tatsächlich bedürftigen Kreise. Seine Kundgebung an die Regierung schließt mit den Worten: „Der B. D. A. als Berufsorganisation muß diesen Standpunkt aus volkswirtschaftlichen Rücksichten unterstützen. Er ist Kraft der Berufsausübung seiner Mitglieder und ihrer Erfahrung als Treuhänder im Wohnungsbauwesen in erster Linie zur Beurteilung der Sachlage berufen. Den Weg, den der Vorsitzende des Wohnungsamtes in Nürnberg, Baurat Dr. Serini, zeigt, geht dahin, diejenigen Wohnungssuchenden, die in Neubauten ziehen, die ohne Bauzuschüsse erstellt werden, müßten für ihre Wohnungen etwa 20 Proz. ihres Einkommens als Miete zahlen. Dafür soll ihnen ein Einkommensteuernachlaß gewährt werden. Das Wohnungswesen soll vor allem wieder auf eigene Füße gestellt werden und die Zwangswirtschaft schrittweise verschwinden. Es wird somit Steuernachlaß für alle in Neubauten ziehenden verlangt, wenn sie eine das Baukapital einigermaßen verzinsende Miete zahlen. Der Vorschlag sagt weiter, daß für diese Mieter ein Einkommensteuernachlaß von 10 bis 12 Proz. seitens des Staates gewährt werden muß. Der Wohnungssuchende wird das Opfer der erhöhten Miete nach obigem Vorschlag gerne bringen, wenn er eine Wohnung erhalten hat und die Bautätigkeit wird angeregt.

Durch diesen Vorschlag werden also die Rollen vertauscht, da der interessierte Teil, das ist der Wohnungssuchende, durch Zahlung erhöhter Wohnungsmieten für die Wohnungen in Neubauten die Bautätigkeit fördert und auch den privaten Bauunternehmer zum Bauen ermuntert. Die Wohnungsbauabgabe für den heutigen Wohnungsinhaber kommt in Wegfall, er hat jedoch im Allgemeinen mit an dem Einkommensteuerausfall zu tragen, der dem Staat durch den Einkommensteuernachlaß von 10 bis 12 Proz. entsteht, die der Staat dem Mieter einer Neubauwohnung infolge der erhöhten Miete zu gewähren hat. Die Wohnungsbauabgabe, die im Monat September durch ihre Steigerung schon die Monatsmiete überstieg, und die allein von den heutigen Wohnungsinhabern zu tragen ist, wird zum größten Teil von dem Verwaltungsapparat des Staates und der Gemeinde verschlungen, sie erfüllt also ihren Zweck nur in zweiter Linie und ohne sichtbaren Erfolg. Die Wohnungssuchenden werden durch die Wohnungsbauabgaben keine Wohnungen erhalten, wie auch der Handwerksmeister, die Industrie, der Arbeiter und Angestellte die durch die Wohnungsbauabgabe zu erwartende Bautätigkeit beruflich nicht merken werden. Gegen die Genehmigung von solch unproduktiven Mitteln muß Stellung genommen werden, bis man an maßgebenden Stellen einsieht, daß die versteckte Sozialisierung des Wohnungswesens, die Knebelung der ganzen Bautätigkeit bedeutet und daß damit Unheil am Volksganzen angerichtet wird.

Nach Lage der Gesetzgebung und der Verordnungen im Wohnungswesen sind Hindernisse der Entwicklung der privaten Bautätigkeit in den Weg gestellt. Eine Anpassung an die Währungsverhältnisse durch zeitgemäßere Mieten kann dem Hindernis begegnen und bei dem Baumeister die Baulust wecken. Ein lebhaftes Eintreten aller Kreise für eine gesunde nicht einseitige Wohnungspolitik und die Erwartung auf den „Heimgang" des Reichsmietengesetzes in seiner jetzigen Gestalt am 1. Juli 1926, sofern bis dorthin das Unheil auf diesem Gebiet nicht mehr gut zu machen ist, bringt dem Bauhandwerker und dem Bauarbeiter wieder Arbeit und dem Wohnungslosen größere Aussicht auf die längst erhoffte Wohnung.

Ausdehnung der Mannheimer Besetzungszone

Gegen halb 3 Uhr wurde an einem Straßenbahnmast gegenüber dem Schloßeingang von den Franzosen eine Bekanntmachung angeheftet, nach der die besetzte Zone in Mannheim bis zur folgenden Linie erweitert wird: Rheinbrücke, Straße, die zum südlichen Flügel des Schlosses führt, Bismarckstraße, Ostgrenze des Friedrichsparkes, Ludwigstraße, Luisenring. Straßen und Bürgersteige sind eingeschlossen. Innerhalb dieses Gebiets sind die Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission gültig und anwendbar. Die Diensträume des Schlosses werden so schnell als möglich ihrer normalen Tätigkeit zurückgegeben.

Besetzung des Ballhauses.

Das Ballhaus ist als Quartier für die Besatzungstruppen des Schlosses von den Franzosen besetzt worden. Die für das Lokal in Aussicht genommenen Veranstaltungen müssen daher vorläufig ausfallen.

Mannheims Kartoffelversorgung

Verkauf auf dem Wochenmarkt unter polizeilicher Aufsicht — Starke Erregung in der Verbraucherschaft — Verhaftungen — Eine Verlegung des Kartoffelverkaufs vom Hauptwochenmarkt unbedingt erforderlich

So geht es nicht weiter! Wer die Zustände auf dem heutigen Hauptwochenmarkt beim Kartoffelverkauf beobachtet hat, wird uns beipflichten müssen, daß eine Trennung des Kartoffelmarktes vom Hauptmarkt nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Nur wenige Mannheimer Familien haben sich mit Kartoffeln für die nächste Zeit eindecken können. Man muß hierzu Beziehungen und Zeit, vor allem aber genügend Geld haben. Die meisten Hausfrauen sind auf die Kartoffelmengen angewiesen, die auf dem Hauptmarkt und die Nebenmärkte in den Vorstädten kommen. Man kann nicht sagen, daß die heutige Kartoffelzufuhr unbefriedigend war. Soweit wir beurteilen konnten, ist niemand mit leerem Korb nachhause gegangen, vorausgesetzt, daß man das Warten nicht verlernt hatte. Aber daran fehlte es bei Vielen.

Als wir in der elften Stunde über den Markt gingen, umdrängte eine Menschenmenge am Kircheneck einen Kartoffelwagen, der, wie gesagt wurde, mit der Ladung angehalten wurde. Zwei berittene Gendarmen und mehrere Schutzleute konnten hier nur mit Mühe die Ordnung aufrecht erhalten. Der Verkauf wickelte sich im Allgemeinen ruhig ab. Kurz nach 11 Uhr kam es zu einem Zwischenfall, der einen riesigen Menschenauflauf verursachte. Ein Wachtmeister der Polizeiwache in F 5, die die Mannschaften für den Markt stellt, hatte einer hochschwangeren Frau die Kartoffeln außer der Reihe zuteilen lassen. Eine andere Frau wollte das nicht gelten lassen. Mit dem Bemerken, sie habe lange genug gewartet und wolle jetzt auch sofort ihre Kartoffeln haben, drängte sie sich vor und leistete der Aufforderung des Wachtmeisters, sich hinten anzuschließen, keine Folge. Es entstand eine Auseinandersetzung, wobei der Wachtmeister eine Bemerkung machte, durch die sich die Frau beleidigt fühlte. Der herbeigeholte Ehemann, der sich in der Nähe aufhielt, wurde handgreiflich. Es blieb infolgedessen nichts anderes übrig, als das Ehepaar zu verhaften und nach der Polizeiwache nach F 5 zu verbringen. Eine große Menschenmenge folgte. Während des Vorfalles auf dem Wochenmarkt wurde auch ein Beamter der Wucherpolizei verprügelt. Der Auflauf pflanzte sich von der Polizeiwache bis in die Planken fort, weil ein Mann, der von der Polizei verfolgt wurde, in ein Haus in D 4 gegenüber der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft geflüchtet war.

Man konnte auch diesmal wieder die Wahrnehmung machen, daß die Polizei in keiner Weise in ihrem Vorgehen unterstützt wurde. Im Gegenteil, die Erregung wurde durch Elemente, die offenbar kein Interesse daran hatten, daß die Menge sich schnell wieder verlief, durch aufreizende Bemerkungen noch geschürt. Man muß bei den Schwierigkeiten, die sich der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln entgegenstellen, mit weiteren derartigen Zwischenfällen rechnen, von denen man nicht wissen kann, ob sie so glimpflich wie der heutige abgehen. Wir greifen deshalb die Anregung, die von uns schon wiederholt gegeben wurde, von neuem auf: man trenne den Kartoffelverkauf vom Hauptmarkt und verlege ihn an eine Stelle, die nicht so zentral wie der Marktplatz gelegen ist. Dann wird sich der Verkauf auch besser regulieren lassen. Die jetzigen Zustände sind unhaltbar; sie können bei der begreiflichen Erregung des Publikums wegen der Zeitvergeudung infolge des langen Herumstehens und des Gedränges leicht zu den folgenschwersten Vorfällen führen. Man treffe eine durchgreifende Aenderung, ehe es zu spät ist.

Die Entthronung des Geldes

„Die größten Herrscher sind entthront. Nur das Geld ist nicht entthront. Es ist vielmehr erst recht unumschränkter Herrscher geworden. Bis in die letzten Wurzeln unseres Volkes dringt jetzt seine Macht." So schreibt H. von Lüpke in der „Dorfkirche". Und wer vermöchte den erfahrenen Kenner der Volksseele Lügen zu strafen? In derselben Zeit, die durch einen immer deutlicher in die Erscheinung tretenden Zug zum Geistigen sich bestimmen läßt, erleben wir einen Despotismus des Geldes, der an Reichweite und Tiefenwirkung seinesgleichen nicht hat — wie wenn nie aus warnendem Munde das Wort gesprochen wäre: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon".

Es ist bekannt, wie das politische Leben immer mehr, und gewiß nicht zu seinem Nutzen, von den wirtschaftlichen Interessen überwuchert wird. Es ist nicht ebenso bekannt, daß derselbe Prozeß heute auch die Werkstätten des deutschen Geistes, die Studierstuben, die Ateliers, die Redaktionen, die Studentenbuden, Universitäten und höhere Schulen ergriffen hat: Unersetzliche geistige Schöpferkraft wird hier aufgezehrt durch den täglichen Kampf um die nackte Existenz. Und die strenge Sachlichkeit und quellfrische Unmittelbarkeit des Schaffens, ohne die es geistiges Schaffen nicht gibt, geht verloren, wenn die Frage des wirtschaftlichen „Sichüberwasserhaltens", d. h. eben die Geldfrage, immer mehr in den alles beherrschenden Mittelpunkt rückt.

Man horche hinein in unsere Familien. Wo ist sie geblieben, die deutsche Gemütlichkeit, die Namen und Lebensrecht hat vom deutschen Gemüt? Das Tischgespräch in unzähligen deutschen Häusern wird vom Dollar regiert — der Schulbub bringt ja bereits die neuen Kurse nach Hause; gehetzt von dem täglich tolleren Tanz aller Preise, sieht die Hausfrau und Mutter die Spannkraft der Seele schwinden, die sie braucht, um ihren Hausgenossen Sonnenschein und Behagen zu spenden. Die Kinder selbst werden in das widerliche Treiben hereingezogen: niemand kann ihre Hände und Herzen vor dem schmutzigen Gelde bewahren! Gräßlichen Zwangsvorstellungen gleich peinigen Dollarstand, Kurszettel, Goldmarkpreise, Tarife und Schlüsselzahlen das zu Tode erschöpfte deutsche Volk.

Da der deutsche Staat seit einem halben Jahrzehnt in die Hände fremder Völker gegeben ist, klagen wir diese an, daß sie das Volk der Dichter und Denker zum Mammonsknecht erniedrigt haben. Aber kein von außen kommendes Schicksal ist so übermächtig, daß nicht Kräfte der Selbsthilfe dagegen aufgeboten werden könnten. Ein kleines Mittel: Man hört von Familien, in denen ein Verbot besteht, bei den gemeinsamen Mahlzeiten über Preise zu reden. Könnte es nicht überall gute Sitte werden, daß man etliche Stunden am Tag jenen Niedrigkeiten den Zutritt zum bewußten Seelenleben verwehrt? Und dann: Schafft Eurer Familie, Euren Kinder, Euch selbst doch wieder mehr Stunden deutscher Gemütsinnigkeit, wo aus den Schatzkammern deutschen Schrifttums gelesen und vorgelesen, wo edle Hausmusik getrieben, wo schlichte, geisterfüllte Geselligkeit gepflegt wird! Sie helfen gegen die Aushöhlung der Seele durch Beruf und Wirtschaft ein Gegengewicht und damit das innere Gleichgewicht wiederaufinden.

Und darf nicht in dieser Zeit vor allem anderen an den tiefsten Wert der Religion erinnert werden, der allein wahre Wertbeständigkeit zu geben vermag? Manch einer würde durch ihn, ohne sich selbst davon Rechenschaft zu geben, in opferreichem Aufstieg den Weg zur inneren Freiheit von den Dingen finden, zur Weltüberlegenheit. Damit würde dann die sicherste Entthronung des Geldes von seinem angemaßten Herrscherstuhl gewonnen sein. epd.

* **Die Milliarden-Banknote kommt!** In den nächsten Tagen werden von der Reichsbank neue Reichsbanknoten mit dem Ausgabedatum vom 15. Dezember 1922 in den Verkehr gegeben werden, die ursprünglich auf 1000 Mark lauteten. Diese Noten, die auf gutem, mit Fasern und Stoffauflage versehenen Wasserzeichenpapier gedruckt sind, und die auf der Vorderseite das Kopfbild des Nürnberger Münzmeisters Jörg Herz von Georg Penz tragen, sind auf der Vorder- und Rückseite mit einem von links unten nach rechts oben gehenden Ueberdruck in roten Buchstaben versehen, welcher lautet: „Eine Milliarde Mark". Da diese Noten bisher noch niemals in den Verkehr gelangt sind, so ist die Fälschungsgefahr außerordentlich gering. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß außer dieser Note sich keine Reichsbanknote im Umlauf befindet, welche infolge Ueberstempelung einen höheren Wert als den ursprünglichen Ausgabewert hat.

* **Beibehaltung der Tagesschnellzüge Frankfurt—Schwarzwald—Freiburg.** Die ursprünglich nur bis Ende August vorgesehenen Tagesschnellzüge zwischen Frankfurt und Freiburg, die über Heidelberg—Mühlacker—Pforzheim—Freudenstadt—Triberg geleitet werden und sich guter Benützung erfreute, sind auf die Bemühungen Tribergs hin bis zum 15. Oktober verlängert worden. Den weiteren Vorstellungen Tribergs bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe, die Züge auch über diesen Termin hinaus im Winterfahrplan beizubehalten, hat die Verwaltung jetzt in dem Sinne entsprochen, daß die Züge im Fahrplan beibehalten werden, daß jedoch die Dauer der Führung von der allgemeinen Entwicklung und der Stärke der Benützung der Züge abhängig gemacht werden muß. Da die Züge sehr günstig für den gesamten badischen und württembergischen Nah- und Fernverkehr und auch für die weiteren Verbindungen ab und nach Frankfurt liegen und die Nachtzüge D 285/D 286 Norddeutschland—Karlsruhe—Basel inzwischen eingezogen wurden, wird sich hoffentlich für die Tageszüge D 909/D 914 eine genügende Besetzung finden. Die Fahrzeiten der Züge sind: Freiburg ab 6.00 Vm., Frankfurt normal an 5.00 Nm. infolge der Umleitung zurzeit 6.22 Nm., Frankfurt zurzeit wegen der Umleitung ab 6.12 Uhr Vm., normal 7.38, Freiburg an 6.41 Nm., mit Anschluß nach Basel, an 9.45 Nm.

* **Aufenthaltsgebühren in deutschen Ländern.** Vor einiger Zeit haben Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern des Deutschen Reiches stattgefunden, die darauf abzielten, eine Vereinheitlichung in der Erhebung und Berechnung der Aufenthaltsgebühren für ganz Deutschland zu erreichen. Ein solcher einheitlicher Berechnungsmodus nach Goldmarksätzen ist aufgestellt worden, doch die einzelnen Länder verfahren noch nicht einheitlich nach diesen Richtlinien. Preußen und die Hansastädte erheben Nachgebühren auf Einreisevisa überhaupt nicht, ebenso wenig die schlesischen Bäder (Bad Nauheim) nicht. Andere Länder, wie Baden, Bayern, Württemberg, Thüringen, Sachsen, Oldenburg halten zwar an den bereits vorhandenen Aufenthaltsgebühren nach wie vor fest, ohne sie aber mit den Goldmarksätzen in Einklang gebracht zu haben. In Baden z. B. werden zurzeit wesentlich niedrigere Gebühren erhoben. Von einer allgemeinen oder gar einheitlichen Erhebung nachträglicher Gebühren auf Einreisebefehle ist bisher keine Rede.

Marktbericht

Die regnerische, kalte Witterung war in der Hauptsache schuld an der gegen Donnerstag wesentlich geringeren Gemüse- und Obstzufuhr. Am häufigsten sah man an den Ständen Blumenkohl, Gurken, Tomaten, Zwiebeln und Weißkraut. Das Angebot in Rotkraut, Salat und Bohnen ließ sehr zu wünschen übrig. An den Ständen, an denen Kartoffeln zu 850—900 000 das Pfund ausgewogen wurden, herrschte in der elften Stunde wieder großes Gedränge, weil diejenigen, die hinten standen, nicht die notwendige Geduld zum Warten aufbringen konnten. Es kam schließlich infolge der allgemeinen Erregung zu einem Zwischenfall, über den wir an anderer Stelle berichten. Die Obstzufuhr war auffallend gering. In der Hauptsache gabs nur Zwetschgen, Birnen und Aepfel zu stark steigenden Preisen. Die Zwetschgen wurden zu 1,5—2,2 Millionen Mark ausgewogen. Der Butter- und Eierpreis ist durch das Zurückgehen des Dollars in den letzten Tagen nicht im geringsten beeinflußt worden. Das Viertel Süßrahmbutter kostete 23 Mill. gegen 20—22 Mill. am Donnerstag. Die Landbutter hat die 100 Millionengrenze erreicht. Das Ei war nicht unter 5 Millionen Mark zu haben.

Die Seefische, die einen guten Ersatz des im Preise unerschwinglichen Frischfleisches bilden, fanden bei starkem Angebot rasch Absatz. Grüne Heringe kosteten 8—10 Millionen Mark das Pfund. Außerdem waren Schellfische in mittlerer Größe zum Braten, Kabeljau, Seelachs und Goldbarsch zu haben. Die Preise bewegten sich zwischen 8 und 15 Millionen für das Pfund. Die Geflügelzufuhr hielt sich in den gewohnten engen Grenzen. Ein geschlachteter Hahn oder eine geschlachtete Henne kostete im [Pfd.] 35—40 Millionen Mark. Die Preise des lebenden Geflügels sind unheimlich in die Höhe geschnellt. Infolge der heute morgen sehr geringen Zufuhr und der stark gestiegenen Einstandspreise wurde von der Festsetzung von Richtpreisen diesmal abgesehen. Nachstehend die amtlich ermittelten Preise je Pfund und 1000 Mark:

Kartoffeln 900 (gegen 700 am Donnerstag), Wirsing 1—2 Mill. (800—1,6 Mill.), Weißkraut 1,5—2 Mill. (600—1,5 Mill.), Rotkraut (inl.) 2,5—3,5 Mill. (1,2—3 Mill.), Radieschen im Büschel 1 Mill. (800), Karotten im Büschel 1,5 Mill. (800), Zwiebeln 2,5 Mill. (1,5 bis 1,8 Mill.), Endiviensalat 300—2 Mill. (800—2 Mill.), Kopfsalat 600—2 Mill. (1,2—2 Mill.), Blumenkohl 5—30 Mill. (4—25 Mill.), Mangold 900—1,5 Mill. (400—900), Bohnen 2,8—3,8 Mill. (2,2 bis 2,8), Rettiche das Stück 300—1 Mill. (3—500), Tomaten 2,2—3,5 Mill., (1,5—2,2), Schlangengurken 5—9 Mill. (2—8), Salatgurken 5—18 Mill. (3—12), Einmachgurken 250—400 (250—400), Eier 5—6 Millionen (4), Süßrahmbutter 80—96 Mill. (80—88), Landbutter 80—100 Mill. (70—74), Zwetschgen 1,5—2,2 Mill. (600—1,2), Birnen 2—5 Mill. (800—4), Aepfel 2,5—5 Mill. (1—2,8), Brombeeren 4 Mill. (3—6), Schellfische mittlerer Größe 8—10 Mill. (Kabeljau 15 Mill. (12), Seelachs 15 Mill. (12), Goldbarsche 9—12 Mill. (8 bis 10), grüne Heringe 10 Mill., Aale 36 Mill. (36)) Hechte 32 (25—32), Schleien 32 (30), Backfische 14—16 Mill. (10), lebendes Geflügel das Stück: Hahn 90—100 Mill., Huhn 70—100 Mill., Tauben das Paar 140 Mill., Junggeflügel lebend das Stück: Hahn 25—30 Mill., Huhn 40—70 Mill., Gänse 270—300 Mill., geschlachtet das Stück: Hahn und Huhn 30—125 Mill., Tauben 25 Mill., Stallhasen das Pfund 30 Millionen Mark.

Veranstaltungen

Wochenspielplan des Nationaltheaters

vom 23. September bis 1. Oktober 1923. — Im National-Theater:

23. Sonntag. Verm.-Aufführung für die Theatergemeinde der F.-B.-B. Nr. 10921—12700: Freiheit. 11¼ Uhr.
23. Sonntag A Reihe III, II. Vorstell., Lohengrin. 7 Uhr.
24. Montag. B Reihe II, I. Vorstell., Zar und Zimmermann. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 14131—14345 und 1—80, B.-B.-B. Nr. 6701—6900.
25. Dienstag. C Reihe IV, I. Vorstell., Alessandro Stradella. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 421—600 und 1001—1060 B.-B.-B. Nr. 101—200.
26. Mittwoch. A. M. Aida. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 1061—1380. B.-B.-B. Nr. 7[...]—7600.
27. Donnerstag. B Reihe IV, II. Vorstell., Rigoletto. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 1381—1740. B.-B.-B. Nr. 7301—7650.
28. Freitag. D Reihe I, II. Vorstell., Die Erwachsenen. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 5551—6030.
29. Samstag. E Reihe II, II. Vorstell., Das Rheingold. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 1741—2070, B.-B.-B. Nr. 1—100.
30. Sonntag. Verm.-Aufführung für die Theatergemeinde der Freien Volksbühne Nr. 7281—8000 u. 8251—9290: Freiheit. 11¼ Uhr.
30. Sonntag. A. M. Faust (1. Teil). 5½ Uhr F.-B.-B. Nr. 2071—2350, B.-B.-B. Nr. 8001—8450.
1. Montag. F Reihe I, II. Vorstell., Der Freischütz. 7 Uhr. F.-B.-B. Nr. 3501—3760, B.-B.-B. Nr. 201—300.

Im Neuen Theater (Rosengarten):

23. Sonntag. Mohrenwäsche. 7½ Uhr. F.-B.-B. Nr. 81—420 und 2[...]—3450. B.-B.-B. Nr. 6021—6370.
27. Donnerstag, im Nibelungensaal: Neu einstudiert und inszeniert: Die Räuber. 6½ Uhr. F.-B.-B. Nr. 6601—6650 u. 3761—4180 u. 5081—5[...] B.-B.-B. Nr. 301—900.
30. Samstag. für die Theatergemeinden (ohne öffentl. Kartenverkauf): Mohrenwäsche. 7½ Uhr. F.-B.-B. Nr. 2451—2800 u. 3161 u. 3600 u. 4181 bis 5060, B.-B.-B. Nr. 901—1200 u. 1350 u. 1400 u. 7801 bis 8000 u. 8251—8500.
30. Sonntag. Der Zigeunerbaron. 7½ Uhr. F.-B.-B. Nr. 6651—6950 und 8101—8230. B.-B.-B. Nr. 8151—8250.

♂ **Theaternachricht.** Morgen, Sonntag, wird im Nationaltheater anstelle von „Rosengärtlein" Richard Wagners „Lohengrin" gegeben. — Generalmusikdirektor Richard Lert hat heute seinen Dienst angetreten.

♂ **Lotte Leonard** wird den ersten Abend des Zyklus „Das deutsche Lied" den die Freie Volksbühne veranstaltet, bestreiten. Die Künstlerin, die schon so oft in großen Choraufführungen unserer führenden Musikvereine von ihrer reifen Künstlerschaft Proben ablegte, wird am 25. Sept. im Musensaal Lieder von Mozart, Beethoven und Schubert zum Vortrag bringen.

♂ **Deutsche liberale Volkspartei.** Die letzthin verschobene Mitgliederversammlung findet nunmehr am kommenden Montag im Kasinosaale statt. Der Redner des Abends, Hauptschriftleiter Kurt Fischer, wird diesmal über den Rahmen der politischen Lage hinaus verschiedene soziale und ethische Probleme behandeln. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen. (Siehe Anzeige.)

Aus dem Lande

* **Karlsruhe,** 21. Sept. Durch die hiesige Polizei wurde in verflossener Nacht ein lediger Schreiner aus Wernigerode in der Rheinstraße im Stadtteil Mühlburg festgenommen, weil er aus einem Uhrengeschäft der Rheinstraße durch Einbruch Uhren-, Gold- und Silberwaren, im Werte von etwa 15 Milliarden und aus einer Verkaufsbude Eßwaren entwendete. Außerdem versuchte er, einen Einbruchsdiebstahl in einem Metzgerladen zu verüben. Er ist aus einem Gefängnis in Wernigerode ausgebrochen und hat in letzter Zeit in München und Stuttgart Einbruchsdiebstähle begangen. Bei diesen Einbrüchen hat ihm ein Schreiner von hier Schmiere gestanden. Auch dieser konnte festgenommen werden.

* **Villingen,** 21. Sept. In Dörfern der Bezirke Villingen und Donaueschingen treiben sich in den letzten Wochen Leute herum, die versuchen, bei den Bauern das überschüssige Brotgetreide, auch Hafer und Gerste, aufzukaufen. Sie bieten den Landwirten durchweg Bezahlung in Schweizer Franken an. Eine größere Anzahl von Verkäufen soll bereits zum Abschluß gebracht worden sein. Wenn es den Spitzbuben nicht gelingt, das Getreide über die Grenze in das Ausland zu schaffen, dann wird zweifellos in Deutschland durch Verschieben und Kettenhandel ein Geschäft zu machen versucht.

* **Freiburg,** 21. Sept. Die Wucherabteilung des Bezirksamts hat seit Ende August 77 Wucherfälle an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Darunter waren 43 Fälle des unerlaubten Handels und 34 Fälle der Preistreiberei. Neu aufgegriffen wurden in der gleichen Zeit 80 Wucherfälle, 46 Fälle des unerlaubten Handels u. 34 Preistreibereifälle. Das Ueberhandnehmen des wilden Devisenhandels erforderte besondere „Devisenstreifen", bei denen die Feststellung gemacht wurde, daß sich insbesondere junge Leute hier eine Einnahmequelle suchen. Um den immer wiederkehrenden Entschuldigungen jeden Boden zu entziehen, wurde öffentlich bekannt gemacht, daß der Devisenverkehr nicht frei ist und Zuwiderhandelnde hohe Strafen zu gewärtigen haben.

Nachbargebiete

sw. **Worms,** 21. Sept. Das Lutherdenkmal ist von unbekannten Tätern beschädigt worden. Das Kruzifix in den gefalteten Händen des Johann Huß ist zerschlagen. Bisher gelang es nicht, festzustellen wann und wer diese Tat begangen hat.

sw. **Darmstadt,** 21. Sept. Verhaftet wurden hier mehrere Personen, die im Begriffe waren, eine Falschmünzerwerkstätte zu eröffnen. Bei einer Haussuchung wurden Klischees usw. beschlagnahmt. Die Verbindungen reichen nach Frankfurt und Offenbach. Wie weit ein Zusammenhang besteht mit Personen, die in Offenbach falsche Millionenscheine in den Verkehr gebracht und daher verhaftet wurden, steht noch nicht fest.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Sonntag, 23. Sept., nachts 12 Uhr:

Fortdauer der jetzigen, trüben Witterung. Neue Regenfälle, starke Westwinde.

MARCHIVUM

Briefe an den „General-Anzeiger"

Was? Gas?

Da die praktische Einrichtung besteht, daß ich die Oeffentlichkeit an dieser Stelle kostenlos aufrütteln darf, so mache ich davon Gebrauch. „Nimm Dir, was Dir bestimmt, weil's sonst ein anderer nimmt!" Wenn ich Gasdirektor wäre, würde ich mir diesen Spruch über meinem Schreibtisch einrahmen lassen. Seither hat man mir nur für einen Monat die Vorauszahlung abgeknöpft. Der Zettel, den ich dieser Tage erhielt, ist der Kürze halber gleich für zwei Monate ausgestellt. Verbraucht wurden in diesem Zeitraum 70 Kubikmeter Gas. Vorauszahlung à 249 000 ℳ = 17 430 000 ℳ. Wohlgemerkt nicht als Durchschnitt. Auf der Rechnung steht klipp und klar: die Vorauszahlung ist für 2 Monate zu leisten. Das ist aber noch nicht alles. Was haben wir bezahlt? Die Summe ist so gering, daß das Gaswerk davon überhaupt nicht mehr Notiz nimmt. Die Geldentwertung hat sie aufgefressen. Allen denen, die ein Interesse daran haben, will ich eine Rechnung darüber aufmachen, welche Anforderungen jetzt an ihren Geldbeutel vom Gaswerk gestellt werden. Für Leute, die Devisen haben, ist meine Aufstellung allerdings nicht bestimmt.

Vorauszahlungen			Bezahlt	Dollarstand in Mark umgerechnet
für November 1922	Mk.	4620.—	Dezember	Goldmark 2.50
„ Dezember 1922	„	6160.—	Januar	„ 3.16
„ Januar 1923	„	5180.—	Februar	„ 1.—
„ Februar 1923	„	33620.—	März	„ 6.40
„ März 1923	„	3840.—	April	„ 0.50
				Goldmark 13.56
zurückbezahlt im April		2680.—	Mai	„ 0.50
				Goldmark 13.06
„ Juni 1923	Mk.	27930.—	Juli	„ 0.56
„ Juli 1923	„	111720.—	August	„ 0.10
Mithin habe ich dem Gaswerk vorausbezahlt				Goldmark 13.72

Jetzt soll ich wieder im Voraus Mk. 17 430 000 bezahlen. Was wird mit meinen G.-M. 13,72?

A. D.

Ungerechtigkeit bei der Gaspreisberechnung für Juli-August

Eine große Ungerechtigkeit hat bei der Gasberechnung Juli-August Platz gegriffen. Diejenigen Konsumenten, bei denen die Ablesung des Verbrauchs Anfang September stattfand, mußten für den Kubikmeter Mk. 499 000 zahlen, wohingegen diejenigen, bei denen die Ablesung Ende August stattfand, mit Mk. 250 000 davonkamen. Nennt das die Stadtverwaltung gleiches Recht für alle?! Und hat sie zu dem Zweck die Ableser beurlaubt und die Ablesung verschoben, um sich den Stadtsäckel in ganz unberechtigter Weise auf Kosten der sowieso durch Steuern, allgemeine Teuerung in ganz unverantwortlicher Weise geplagten Bürger zu füllen?! Wie lange soll eine derartige Behandlung noch andauern?

Civis.

Gassperre

Die Herren Einsender der letzten Briefe in der Frage der Gassperre werden wohl inzwischen erkannt haben, daß sich die Leitung des Gaswerkes verflucht wenig um ihre sehr berechtigten Wünsche gekümmert hat. So etwas hat ja auch ein Kommunalbetrieb gar nicht notwendig! Mir ist es in diesen Tagen überhaupt schleierhaft geblieben, wann eigentlich das städtische Gasnetz unter Druck gesetzt wird. Versucht man morgens 7 Uhr seinen Morgenkaffee mit Gas zu bereiten, so ist kein Gasdruck da, und abends 7 Uhr muß man das Abendessen auch mit Kohlenfeuer bereiten, weil genau so wenig Gas vorhanden ist. Mittags zwischen 11 und 1 Uhr ist es wieder dasselbe; da möchte ich doch wirklich einmal wissen, ob überhaupt noch Gas in das Netz gegeben wird. Ich meine, zu den genannten Zeiten dürfte man wohl von dem leider ohne Konkurrenz bestehenden städtischen Gaswerk eine Belieferung mit Gas erwarten. Zweifellos wird auf diese Art ein äußerst sparsamer Gasverbrauch erzwungen!

Nun kommt gar ein anderer Einsender mit sehr berechtigten Gedanken über die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit im Verbrauch von Brennstoffen. So etwas gibt es doch nur in der Industrie, wo die Konkurrenz schon dafür sorgt, daß der Wirkungsgrad eines Werkes möglichst hoch wird. Ich möchte nicht das Donnerwetter mit erleben, welches der Betriebsführer eines Gaswerkes in einer chemischen Fabrik von seinem Direktor mit Recht erhielte, wenn er plötzlich seine Produktion infolge nicht rechtzeitiger Betriebsbereitschaft neuer Oefen um einige Wochen einschränken müßte. In unserer viel befehdeten Privatwirtschaft paßt sich eben jeder Betrieb jedem Bedarf durch rechtzeitige Vorausberechnung und Umstellung an. Es wäre wirklich im Interesse der Bürgerschaft gelegen, wenn auch Kommunalbetriebe etwas von dieser Betriebsführung unserer industriellen Werke übernehmen würden. Die gegenwärtige Art der Gasversorgung der Stadt ist jedenfalls einfach skandalös.

W.

Die Vorauszahlung der Miete

In den letzten Tagen mehren sich die Stimmen, die eine monatliche Vorauszahlung der Miete verlangen. Die Grund- und Hausbesitzervereine von Mannheim und Karlsruhe fordern energisch diese Zahlungsweise und haben bei den zuständigen Stellen dementsprechende Anträge gestellt. Der Bericht über die letzte Hausbesitzerversammlung stellt mit Befriedigung die Beobachtung fest, daß „auch bei den Mietervertretern ein gewisses Verständnis für diese Forderung besteht." In den „Briefen an den General-Anzeiger" vom 8. September erwartet ein hiesiger Hausbesitzer schon auf 1. Oktober Anordnungen der Stadtverwaltung, die den Wünschen der Vermieter Rechnung tragen sollen. Nach Lage der Verhältnisse ist es also wahrscheinlich, daß diese Erwartung demnächst in Erfüllung geht.

Womit wird nun eigentlich die Forderung auf Vorauszahlung begründet? Man sagt, sie sei bei der rasenden Geldentwertung zur Notwendigkeit geworden. Es werde damit keinem Hausbesitzer ein Vorteil entstehen, sondern nur dem Verfall der Häuser etwas gesteuert werden. Wenn diesem hohen Zweck wirklich gedient werden könnte, dürfte sich allerdings kein vernünftiger Mieter gegen die Vorauszahlung stemmen. Es fallen ja nur für den Uebergang zwei Mietbeträge zusammen, dann bleibt seine Verpflichtung wieder dieselbe: er hat eben monatlich einmal Miete zu bezahlen. Da aber in der jeweils festgesetzten Miete auch die Reparaturgelder enthalten sind, die gleichfalls der „rasenden Geldentwertung" anheimfallen, müßten diese Beträge unverzüglich ihrem Zweck zugeführt werden. Wir stellen hier mit besonderer Genugtuung fest, daß auch der Vorsitzende des hiesigen Hausbesitzervereins „die sofortige Verwendung aller Beträge für notwendige Instandsetzungen" gefordert hat. Hoffentlich wird dieser Appell an die Mitglieder seines Vereins endlich auch ausgeführt, wenn nun die Vorauszahlung kommen sollte. Es wäre in zahlreichen Fällen höchste Zeit. Der Vorsitzende des Hausbesitzervereins weiß jedenfalls so gut wie wir, daß bisher viele Hausbesitzer die Reparaturgelder eben nicht zweckentsprechend verwendet haben, immer mit der billigen Ausrede, es sei mit dem Gelde nichts anzufangen. In letzter Zeit ist es sogar vorgekommen, daß ein Hausbesitzer, der von seinen Mietern an seine Verpflichtungen erinnert wurde, in erregter Weise rundweg erklärte, er lasse in den Wohnungen überhaupt nichts machen. Derselbe Vermieter hat auch mit einem Entwertungszuschlag gedroht, wenn die Miete nicht pünktlich am Monatsersten eingehe, obwohl sämtliche Mieter schon bisher vorauszahlen.

Wir sehen daraus, daß Vermieter von solcher Art nicht in banger Sorge um die Erhaltung ihres Hauses die Vorauszahlung der Miete fordern. Und wir glauben nach solchen Erfahrungen auch nicht daran, daß schließlich durch die Vorauszahlung für die Instandhaltung der Häuser und Wohnungen etwas erreicht wird und im Verhältnis zwischen Vermietern und Mietern eine Besserung eintritt. Es müßte vielmehr gleichzeitig mit der Vorauszahlung amtlich angeordnet werden, daß die zwei Drittel aus den laufenden Instandsetzungskosten, die für die Innenräume bestimmt sind, dem Mieter sofort zur Verfügung gestellt werden müssen. Dieser hätte dann damit die Verpflichtung — wie dies in Hamburg der Fall sein soll — die notwendigen Reparaturen selbst zu tragen. Sogenannte Verschönerungsarbeiten dagegen müßten nach wie vor seinem freien Wollen und Können überlassen bleiben. Nur so könnten vorläufig für beide Teile erträglichere Verhältnisse geschaffen werden.

Ein Mieter.

Preise für Lebensmittel

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Nach Ihrem Bericht über die Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst in Stuttgart war ich sehr überrascht, bei meinem Besuch in der Hauptstadt unseres Nachbarlandes am Montag, 10. d. M. folgende Feststellungen zu machen, die wirklich nicht zu Gunsten der entsprechenden Mannheimer Verhältnisse ausgefallen sind: In der neuesten Ausgabe einer großen Stuttgarter Zeitung las ich zunächst folgendes: „Neue Erhöhung der Preise für markenfreies Brot: Infolge der Steigerung der Mehlpreise und der Löhne kostet seit Samstag (d. h. 8. d. M.) 1 Kilo markenfreies Schwarz- oder Roggenbrot 1 440 000 M., 1 Kilo Weißbrot 1 750 000 M., 1 Brötchen 80 000 M." — Durch Erkundigung bei einem hiesigen bekannten Bäcker erfuhr ich, daß zur selben Zeit in Mannheim für das gleiche Gewicht bezahlt werden mußten: für 1 Kilo Roggenbrot 2 800 000 M., für 1 Kilo Weißbrot 4 400 000 M. und für ein Brötchen im Gewicht der Stuttgarter Brötchen, die 10 Gramm weniger als die hiesigen wiegen sollen (30 statt 40 Gramm), ca. 150 000 M. Man kauft also das Brot um die Hälfte (!) billiger in Stuttgart als in Mannheim. Aber so ist es auch mit dem Fleisch. Am Montag wurde hier für prima Rind- und Kalbfleisch zwischen 3 600 000 M. und 5 000 000 M. verlangt. Die Läden wurden teilweise nur kurze Zeit geöffnet, mehrfach früh geschlossen. Das war in Stuttgart nicht der Fall. Ueberall war der Preis übereinstimmend durch Anschlag bekanntgegeben: Ia. Ochsen- und Rindfleisch 2 100 000 M., Kalbfleisch 2 800 000 M., Hammelfleisch 2 600 000 M. und Schweinefleisch 3 100 000 M. Letzteres soll heute (11. ds.) in Mannheim gegen 10 000 000 M. kosten. Aber nicht genug damit: mit den Eiern steht es ebenso. Hier in Mannheim werden 1 Million bis 1 200 000 M. gefordert und bezahlt. In Stuttgart kostete es wenig Mühe, prima „Oberländereier" für 600 000 M. zu erhalten.

Es könnte noch Einiges hinzugefügt werden, aber das Gesagte dürfte ausreichen als Stütze der genügend bekannten Behauptung: „Mannheim marschiert an der Spitze von allen Städten!" Woran liegt das? Vielleicht erkennt die Redaktion des Generalanzeigers die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit einer öffentlichen Aussprache an dieser Stelle über diese für eine Industrie- und Handelsstadt so unendlich wichtige Frage, damit volle Klarheit und Abhilfe geschaffen werden kann. An dieser Stelle seien der Regierung und der Stadtverwaltung nur 3 Fragen vorgelegt:

Muß es sein, daß tagtäglich, sozusagen vor den Augen von gegen 300 000 Menschen fast der ganze Segen der Bergstraße aus dem Badischen nach dem Norden abgerollt wird?

Kann es wirklich nicht verhindert werden, daß der badische Schwarzwald und das badische Oberland andauernd große Mengen Vieh an die überfatte Schweiz und — wie behauptet wird — an das nichtdeutsche Elsaß verkauft?

Kann nicht durch strenge Kontrolle bis auf weiteres verhindert werden, daß ständig ein nicht geringer Teil der mehr als knappen Lebens- und Genußmittel aus dem Badischen hinausgeht?

Diese 3 Fragen sollten an maßgebender Stelle ernsthaft beachtet werden. Die Stimmung hat hier einen Höhepunkt erreicht, der keine weitere Belastung mehr verträgt. Betriebe werden eingestellt, weil sie die Lasten der Löhne und Gehälter nicht mehr tragen können. Die Konkurrenzfähigkeit der Mannheimer Industrie und des heimischen Handels ist dahin, oder doch in allergrößter Gefahr. Immer weitere Kreise des Bürgertums erliegen den Lasten der Steuern und Abgaben und der Lebenshaltung. Hier ist Eile, allergrößte Eile geboten!

A. Sch.

Warum Grundpreis und nicht Goldmark?

Unter Bezugnahme auf den Artikel mit vorstehender Ueberschrift in den „Briefen an den „General-Anzeiger" vom Samstag, den 8. September erlaubt sich der Unterzeichnete einige Bemerkungen zu machen und bittet um Aufnahme nachstehender Ausführungen:

Nicht Grundpreis und nicht Goldmark, sondern Grundmark! In dem Artikel werden die sogen. Mannheimer Grundpreise des Kleinhandels mit Recht gegeißelt und auch gezeigt, wie man diese Grundpreise zum Schaden der Verbraucher ausnützen kann, ohne daß irgend eine Kontrolle durch die Verbraucherkreise möglich ist. Ein grundliegender Fehler in dem Artikel liegt aber darin, daß man sofort mit dem Schlagwort „Goldmark" erscheint und damit den Vorkriegspreis meint. Spricht man von der Goldmark, so wird unwillkürlich der Tages-Papiermarkbetrag über den Dollar errechnet und dies hat erst recht keine Berechtigung; infolgedessen muß es heißen: Grundmark und Grundmarkrechnung. (Siehe auch „Die Grundmarkrechnung" von A. Wichert, Verlag Frankfurter Societäts-Druckerei.)

Nimmt man als Basis die Goldmark, so wird, wie erwähnt, der Dollar als Schlüsselzahl verwendet und dies ist ungerecht, denn nicht alles in Deutschland ist mit den Devisen gestiegen, sondern zum Teil erheblich zurückgeblieben. Infolgedessen muß mit einer Grundmark gerechnet werden, die sehr wohl gleich dem Vorkriegspreis ist, so daß die Gefahren der Uebervorteilung der Verbraucher, wie sie in dem Artikel geschildert worden sind, nicht möglich sein können. Diese Grundmark ist mit einer amtlich kontrollierten Schlüsselzahl zu multiplizieren, um auf den Papiermarktagespreis zu kommen. (Siehe auch Berechnung der Multiplikatoren und Schlüsselzahl S. 19 der genannten Broschüre.)

Wenn der Verfasser des Artikels durch das Rechenbeispiel nachweist, daß z. B. Stiefel um rund 100% über der Dollarparität liegen, so beweist dies, daß eine Uebervorteilung der Verbraucher schon vorliegt, und zwar eine Uebervorteilung, die geradezu an Wucher grenzt. Wenn man auch annimmt, daß das gesamte Leder mit Devisen im Ausland gekauft werden muß, so sind die Arbeitslöhne, Frachtkosten usw. doch nicht so gestiegen, daß unter allen Umständen der Verkaufspreis über der Dollarparität liegen muß. Wenn dies, wie in dem Beispiel errechnet, der Fall ist, so werden eben ungerechtfertigte Gewinne genommen durch Ausnützung der Konjunktur. (Siehe auch S. 42 der Broschüre „Die Gewinnbemessung".) Was für die Schuhwaren zutrifft, trifft selbstverständlich für die anderen Gebrauchsartikel zum größten Teil auch zu. Es wäre hier ein großes Feld für die Preisprüfungsstellen gegeben, wenn sie sich einmal intensiv mit der Grundmarkrechnung befassen würden. Es liegt einwandfrei fest, daß die Goldmarkrechnung ungerechtfertigt ist. Es muß infolgedessen die Grundmark als das einzig Gerechte eingeführt werden.

Wo.

Wohnungsreparaturen!

Mit dem Artikel im Donnerstag-Abendblatt über die Hintanhaltung des Zerfalls der Häuser könnte man im allgemeinen einverstanden sein, vorausgesetzt, daß die Hausherren auch ernstlich für die Erhaltung der Häuser besorgt sind. Dies scheint aber bei manchen Hausbesitzern nicht der Fall zu sein. Ich bin seit fast 10 Jahren dem Hausbesitzer nur einmal zur Last gefallen; er hatte vor zirka zwei Jahren eine Ausgabe für meine Wohnung von etwa 120 ℳ. Ein Beweis dafür, daß mit der Wohnung schonend umgegangen wurde. Nun brachen Mitte Juli die Gurtbänder eines Rolladens, der dem Wetter und der Sonne ziemlich ausgesetzt ist, entzwei. Obgleich der Hausbesitzer doch auch merken mußte, daß das Geld von Tag zu Tag entwertet, rührte er sich nicht. Nun hängt der Laden schon 2 Monate. Wie lange es noch dauert, bis der Hausherr sich seiner liebevoll annimmt, kann ich den werten Lesern vielleicht nach einigen weiteren Monaten einmal mitteilen. Aber nun das Interessanteste! Auf die dritte Aufforderung hin hat mir der Herr kürzlich mitgeteilt, er wolle mir meinen Anteil für Reparaturen herausbezahlen, ich solle den Laden selbst machen lassen, Mehrausgaben könnte ich monatlich am Reparaturbeitrag abziehen! Also jetzt, nachdem der Dollar von zirka 500 000 ℳ damals auf zirka 110 Millionen jetzt gestiegen ist, will mir der Hausbesitzer meinen Anteil herauszahlen! Mitte Juli hätte mein Anteil zur Wiederherstellung vielleicht ausgereicht. Jetzt natürlich reichen die Beiträge sämtlicher Mieter wohl kaum noch aus. Möchten die Hausbesitzer sich die Aufforderung ihres Vorsitzenden, daß die Reparaturgelder schleunigst verwendet werden sollen, wo es nötig ist, als Richtschnur nehmen.

E.

Die Preisberechnung des Einzelhandels

Dem Kritiker, der am letzten Samstag in „Mannheim am Wochenende" zum Wort gelangte, möchte ich in der Richtung beipflichten, daß die seither vom Einzelhandel angewandte Preisberechnung zu wünschen übrig läßt. Aber man darf nicht nur tadeln, sondern muß auch praktische Vorschläge machen, mit welchem Multiplikator der beste Weg zur beiderseitigen Zufriedenheit gefunden wird. Es geht nicht an, daß sich der Fabrikant gegen Verluste dadurch sichert, daß er dem Grossisten die Lieferungsbedingungen diktiert. Und wie sieht's mit dem Kleinhändler? Er muß in der zwölften Stunde seiner Lebensexistenz nach Verlust von neun Zehntel seiner Substanz den Vorwurf der Preistreiberei und des Wuchers hinnehmen. Der Reichswirtschaftsrat hat unter der Regierung Stresemann schon Erfolge zu verzeichnen. Er wird es auch fertig bringen, den Dollarkurs als Normalwert für den Handel einzuführen oder einen deutschen Dollar zu schaffen. Darüber an dieser Stelle zu schreiben, ist nicht angebracht, aber trotzdem möchte ich bemerken, daß dieser Weg der beste ist. Nur müssen Landwirtschaft, Industrie und Hausbesitz ihre Pflichten erfüllen und die Ohren steif halten.

Die in der Zuschrift angeführten Zahlen über das Ei und die Schürze sind Tatsachen, bedürfen aber einer kleinen Korrektur. Die Zahlen sind Papierzahlen — nur Papierzahlen! Schreiber dieses mußte am 2. September auf den Rennwiesen einer äußerst häßlichen Szene zuschauen. Ein junger Herr, höchstens 19 Jahre alt, der einen beschmutzten und verliebten 20 000 Markschein beim Bezahlen einnahm, zerriß den Schein und warf ihn fort! Der junge Mann verdient offenbar sein Geld leichter als der Lebensmittelhändler, der, um der Volksgemeinschaft zu dienen, seinen ehrlichen Namen zu erhalten, den Frieden zu erhalten und die Gesetze zu achten, schwer arbeiten muß, wenn er nicht völlig zugrunde gehen will. Ein guter Rat, wie man am besten aus der Misere herauskommt, ist mehr wert als unfruchtbare Kritik. Wenn alle tüchtig arbeiten, dann wird das deutsche Volk nicht untergehen.

Ein Lebensmittelhändler.

Endlich auf Tausender abrunden!

Nachdem der Dollar eine schwindelnde Höhe erklommen hat und die meisten Preise gefolgt sind, hat das Rechnen mit kleineren Geldeinheiten als Tausendern keinen Sinn mehr; ja es ist die Zahlung mit Ein-, Zwei-, Fünf-, Zehn-, Zwanzig-, Fünfzig- und Hundertmarkscheinen kaum mehr möglich, weil diese Scheine in genügender Menge gar nicht mehr im Umlauf sind. Geschäfte, Banken und Sparkassen, Steuer- und Gerichtsbehörden sind deshalb auch alle auf die glatte Tausender-Rechnung übergegangen, selbst auf dem Wochenmarkt wird nur noch höchstens nach Tausendern gehandelt. Mit Recht; sonst müßte man bald einen Reisekoffer zum Aufbewahren der schmutzigen Geldscheine mitnehmen. Es wäre deshalb an der Zeit, daß allgemein mindestens auf Tausender abgerundet wird. Verlust hat niemand dadurch, denn einmal werden Beträge unter 500 Mk. wegfallen, ein andermal auf Tausend erhöht. Vorkommen wird selbst das selten. Die noch in Händen der Bevölkerung befindlichen „Bilder" bitte ich aber nicht zu zerreißen oder wegzuwerfen, sondern wohltätigen Anstalten zu übermitteln, wo sie gern gezählt und gebündelt würden. Denn sie sind immer noch rechtsgültiges Geld.

Einer, der mit der Zeit geht.

Die „Höflichkeit" der Beamten

Als langjähriger Abonnent Ihrer Zeitung muß ich auch einmal meinem Herzen Luft machen und dem der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Raum eine ganz energische Protestnote einfügen. Und zwar handelt es sich um eine Sache, die dem reisenden Publikum geradezu ein Greuel ist, und an dieser Stelle auch schon öfters gerügt wurde. Es dreht sich um den ständigen Kleingeldmangel an den Fahrkartenschaltern und das damit in Verbindung stehende Benehmen der Beamten. Dafür ein Beispiel: Ich löste mir am Mittwoch früh eine Fahrkarte nach Weinheim zum Preise von 1 800 000 ℳ. Ich legte natürlicherweise 2 Mill. ℳ hin, bekomme jedoch von dem Beamten die Antwort, daß er mir nicht herausgeben kann. Als ich dem Beamten sagte, daß ich das Geld nicht kleiner habe, gab er mir ganz kalt zur Antwort: Dann tut es mir leid, ich habe kein kleines Geld! Auf eine weitere Bemerkung warf er mir die zwei Millionenscheine hin und verlangte die Fahrkarte zurück. Inzwischen war es 2 Minuten vor Abgang des Zuges, obwohl ich schon 10 Minuten vorher am Schalter stand. Ich nahm mein Geld und die Fahrkarte, ging damit zu einem im Hauptraum stehenden Beamten, dem ich die Sache darlegte. Der Beamte ließ sich von mir das Geld geben ging selbst an den Schalter und verlangte die Herausgabe von 200 000 ℳ. Und siehe da, im nächsten Moment kam der Beamte zurück und gab mir die 200 000 ℳ. Ich kam gerade noch an den Zug, als er sich in Bewegung setzte. Warum hatte der Beamte nun auf einmal kleines Geld? Wenn in früheren Zeiten das Fahrgeld möglichst abgezählt bereitgehalten wurde, so ist dies bei den heutigen Verhältnissen, wo sich der Fahrpreis alle paar Tage ändert, gänzlich ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde müßte der Beamte mit genügendem Wechselgeld versehen sein. Ich glaube auch bestimmt, daß dies im großen Ganzen auch der Fall ist. Was sagt zu diesen Vorfällen eigentlich die maßgebende Behörde der Bahnhofsverwaltung? Ich glaube, daß das reisende Publikum doch von jedem Beamten verlangen darf, daß es in höflicher Weise abgefertigt wird.

Ferieneindrücke

Lieber Generalanzeiger!

Die Sommerfrische wäre wieder einmal abgetan. Ich will Dir aber nun nicht berichten, wie ich mich erholt habe und wie mir die landwirtschaftlichen Arbeiten bekommen sind (ich brachte meinen Urlaub auf dem Dorf zu und durfte kräftig mithelfen!), sondern von einem andern kleinen Erlebnis will ich erzählen. Vielleicht ist der liebe Generalanzeiger in der Lage, mir Aufklärung zu geben. Erhielt ich da eines schönen Tages den Auftrag, von einem Bauernwagen herab 4 Zentner Briketts zu wiegen. Die Briketts stammten von einem Eisenbahnwagen, welchen die Gemeinde erhalten hatte. Die Briketts wurden an die Einwohner abgegeben, sodaß eine Haushaltung 4—6 Zentner erhielt. Am Abend wurde durch die Ortsschelle bekannt gemacht, daß die Briketts, weil die Gemeinde die Rechnung sofort begleichen muß, am andern Morgen zu bezahlen sind. Ich wurde mit der Zahlung beauftragt und so trug ich dem Gemeinderechner 300 000 Mark zu, denn ein Zentner kostete 75 000 Mark. Einen Zuschuß leistete die Gemeinde nicht. Zwei Tage darauf bin ich vorübergehend wieder in Mannheim und treffe zufällig auf der Bank einen Oberlehrer von hier. Er brauche Geld, sagte er, denn er habe vor ein paar Tagen 4 Zentner Briketts erhalten, die er sofort bezahlen müsse. Es interessierte mich natürlich, was die Briketts (ebenfalls Braunkohlenbriketts) ihn kosten. 3 200 000 Mark machte die Rechnung. Und nun kommt das, was ich wissen möchte: Wer oder was ist schuld daran, daß die Kohlen in Mannheim mehr als das zehnfache kosten, als zur gleichen Zeit in dem 50 Kilometer rheinaufwärts von Mannheim gelegenen Dorf? In Mannheim ist alles teurer, heißt es, also nehme ich den doppelten Preis an; es waren Markenkohlen, also dürfen sie hier dreimal so viel kosten; es kommt noch Fuhrlohn dazu, einverstanden, also vierfacher Preis (ich will nicht zu knapp rechnen!). Der Händler will auch etwas verdienen, meinetwegen nehmen wir also den fünffachen Satz an, aber die Kohlen kosteten hier mehr als das zehnfache! Da brat mir denn doch einer einen Storch! (wie ich die Preise erfuhr, habe ich anders gesagt!) Und deshalb komme ich zu Dir, teurer Generalanzeiger (aber nicht wegen der Storchbraterei!), um zu erfahren, ob man gegen derartige Ueberforderungen sich nicht wehren kann. Sollte es aber keine Ueberforderung sein, so möchte ich wissen, wie die Preise zustande kommen (vielleicht kann die Wucherpolizei, die die Preise nicht beanstandet, aushelfen!). In Mannheim ist alles teurer, ich weiß es, aber daß gleich derartige wahnsinnige Preise erlaubt sind, das geht denn doch über die Hutschnur!

W. H.

Es darf angenommen werden, daß an dieser Stelle die Anfrage von unterrichteter Seite beantwortet wird. Schriftleitung.

MARCHIVUM

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Wirtschaftswoche

Von unserem volkwirtschaftlichen Mitarbeiter.

So oft sich eine Aussicht zeigt, daß dem Verfall der deutschen Währung ein Ende bereitet werden und ein Umschwung zum Bessern sich vollziehen könnte, erscheint flugs Herr Poincare mit einer neuen Sonntagsrede auf dem Plan und erstickt schleunigst alle aufkeimenden Hoffnungen. Auf diese Weise konnten alle Maßnahmen des Kabinetts Stresemann, das mit allgemein anerkannter Tatkraft und unleugbarem Geschick an seine schwierige Aufgabe herangeht, bisher weiter nichts hervorbringen, als eine gewisse Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs der Dinge. Die deutschen Börsen schwanken ganz offensichtlich zwischen hoffnungsloser Katastrophenhausse und leise sich äußerndem Vertrauen auf ein Gelingen der Reformpläne der Reichsregierung hin und her. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Regierungsprojekt, nach dem die Reichsbank zu einer Goldnotenbank umgestaltet werden soll, während die Finanzierung der Reichsfinanzen einer anderen neu zu gründenden Notenbank übertragen werden soll, für die die erforderlichen Garantien durch die Träger der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden müssen, hat im Inland wie im Ausland eine freundliche Aufnahme gefunden. Der verwundbare Punkt dieses Reformprogramms liegt zweifellos in der Finanzierung des Reiches während der Uebergangszeit bis zur vollkommenen Durchführung der Goldrechnung und der Balancierung des Reichshaushalts.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, wofür sich die Reichsregierung entscheiden wird. Die Gefahr ist zu groß und die gewaltige Katastrophe zu dicht bevorstehend, als daß sie aus Gründen parteipolitischer Rücksichtnahme auf die Rechte, die einem Abbau des Ruhrkampfes aus begreiflichen Gründen widerstrebt, noch länger untätig bleiben könnte. Man wird die Opposition einfach vor die Frage stellen müssen, ob sie einen Weg weiß, wie der Ruhrwiderstand noch länger in der bisherigen Form finanziert werden kann. Vermag sie diese Frage nicht zu beantworten, dann wird eine ihrer Verantwortung für das Leben und die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes bewußte Reichsregierung den Weg beschreiten müsse.., der ihr durch die bittere Notwendigkeit vorgeschrieben wird, natürlich immer mit dem einen Ziel vor Augen, daß Ruhr und Rhein unter allen Umständen deutsch bleiben müssen. Die Taktik kann wechseln, aber das Ziel muß stets das gleiche bleiben: die Einheit und Unversehrtheit des Reiches in seinen heutigen Grenzen.

Ist über diesen wichtigen Punkt, dessen Lösung allerdings vorzugsweise auf politischem Gebiet liegt, erst Klarheit geschaffen, so wird man sich über die finanzpolitischen Reformmaßnahmen ziemlich schnell einigen können. Nachdem der Notenumlauf sich auf 1182 Billionen ℳ erhöht, der Goldbestand der Reichsbank dagegen sich wiederum in einer einzigen Woche um 20,6 Millionen Goldmark, die für Devisenbeschaffung verwendet werden mußten, verminderte, ist es wohl jedermann klar, daß die Stillegung der Notenpresse die dringendste Forderung des Tages ist. Daraus ergibt sich freilich auch die Folgerung, daß eine gründliche Reform der Reichsfinanzen mit dem Ziele äußerster Sparsamkeit in den Ausgaben und weitgehendster Vermehrung der Einnahmen aus Steuern der nächste Schritt sein muß, der der Währungsreform auf dem Fuße zu folgen hat. Der dritte Schritt ist dann die Einschränkung der Einfuhr, mit der die Reichsregierung schon begonnen hat und die systematische Förderung der Ausfuhr durch gesteigerte Arbeitsleistung und erhöhte Produktivität der deutschen Volkswirtschaft. Bis dieses dreigliedrige Programm aber durchgeführt ist, bedarf die Wirtschaft der Zuführung möglichst großer Devisenmengen, die zunächst nur durch Beschlagnahme der ohne volkswirtschaftlichen Nutzen nur zu Spekulations- und Werterhaltungszwecken aufgespeicherten ausländischen Zahlungsmittel herbeigeführt werden können.

Die Börsenwoche

Die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen auf politischem und auf währungspolitischem Gebiete haben an der Börse einen plötzlichen Szenenwechsel hervorgerufen, der einen krisenhaften Einschlag hatte. Nachdem noch vor kurzem das Sterben der Mark überall den Ruf hervorgerufen hatte: rette sich wer kann, in die Sachwerte hinein, nachdem gerade in der letzten Zeit wieder das Schlagwort geprägt worden war, wonach nur eine Spekulation gefährlich sei, nämlich die, die auf dem Besitz von Marknoten basiere, scheint es jetzt plötzlich, als sei die Marknote wieder ein begehrenswertes Objekt geworden. Aber es scheint eben nur so. Den Anstoß zu den plötzlichen Kursrückgängen gab eine Zuspitzung der Verhältnisse am Geldmarkt. Der Geldmarkt stand schon seit längerer Zeit im Zeichen der Versteifung. Aber man zahlte an der Börse gern die hohen Zinssätze und die Diskonterhöhung der Reichsbank brachte für die Börse nichts Neues, da man hier schon vorher weit höhere Zinssätze bewilligt hatte. Man sah zunächst diese Geldversteifung nur als ein Zeichen der allgemeinen Kapitalnot an, die durch die gewaltigen Preissteigerungen aller Waren sich wie ein fressendes Geschwür am deutschen Wirtschaftskörper ausbreitet. In den letzten Tagen hat sich nun die Geldknappheit an der Börse derart zugespitzt, daß selbst sehr potente Firmen in Verlegenheit gerieten. Die Zeichnung auf die Goldanleihe hat den Banken gewaltige Depositensummen entzogen. Die plötzliche Drosselung der Ruhrkredite bewirkte, daß das bisher in Papiergeldmassen gewissermaßen erstickende besetzte Gebiet in Berlin große Summen abheben mußte. Die Banken können in einer solchen Situation der Börse nicht mehr die bisherigen Summen zur Verfügung stellen, zumal sie in einer so entscheidungsreichen Zeit darauf bedacht sein müssen, sich möglichst liquide zu halten.

In diesen Kreisen ist man sich darüber klar, daß die bevorstehende Unterscheidung zwischen Papiermark und Goldmark und die angekündigte Abkehr von der Papiergeldwirtschaft und von der Inflation vorerst eine dauernde Geldverknappung im Gefolge haben dürfte, da ja eben die bisherige Hineinpressung immer neuer gewaltiger Papiergeldmassen in den Zahlungsverkehr aufhören soll. Die Abkehr von der Papiergeldwirtschaft müßte auch zu einer scharfen Einschränkung der Kredite in Papiermark führen, mit der noch immer Effekten- und Devisenspekulationen durchgeführt wurden, wenngleich die Spekulationskredite dieser Art schon in der letzten Zeit vielfach zur Abdeckung gezwungen worden waren. Immerhin haben bei den plötzlichen Kursrückgängen der letzten Zeit zwangsweise Verkäufe für solche Kreise eine Rolle gespielt, die ohne daß es die Banken inmitten ihrer Arbeitslast bemerkten, ihr Konto überzogen hatten.

Auch das Ausland scheint Abgaben in deutschen Effekten vorgenommen zu haben, um gegen den Erlös Edelvaluten anzuschaffen, weil man im Auslande offenbar die Situation der deutschen Industrie und die innerpolitische Lage überaus schwarz beurteilt. So kam es, daß vielfach Kurshalbierungen eintraten. Nur wenige Werte, so Oberbedarf, auf Fussionsgerüchte, Handelsanteile auf neue Interessenkäufe, Waggonwerte auf österreichische Bankaktien, waren widerstandsfähig. Die Valutawerte gingen zum Teil weiter nach oben, ebenso russische Renten. Eine feste Haltung zeigten die einheimischen Renten, sowie Industrieobligationen und Pfandbriefe, weil man hier mit der Möglichkeit einer künftigen Rückzahlung in der neuen Währung rechnet.

Die Frage, welchen Einfluß die neuen Währungsprojekte auf die Börsenkurse haben werden, ist scharf umstritten. Die einen meinen, daß man bei Einführung der Goldwährung (zweifellos werden dann auch die Effekten wieder in Goldprozenten zur Notierung gelangen) erst erkennen werde, wie niedrig in Goldprozenten, wie tief unter pari die meisten Papiere stehen. Die anderen betonen, daß die Effekten eines Landes mit einer so unsicheren politischen und wirtschaftlichen Zukunft in Goldprozenten eben sehr niedrig stehen müssen, zumal jetzt die Inflationsgewinne der Industrie wegfallen und die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen wieder eine Rolle spielen dürfte. Auch dürfte die Einführung der Goldwährung neue gewaltige Vermehrungen der Aktienkapitalien notwendig machen. Das hat freilich alles die glatte Durchführung der Währungsprojekte zur Voraussetzung.

Vom süddeutschen Produktenmarkt

Am Produktenmarkt war das Geschäft sehr klein, weil die unsichere Lage und der große Geldmangel die Käufer zur vorsichtigen Haltung zwingen. Die Kurse sind daher auch nicht zuverlässig.

Auch am Warenmarkt hat sich unvermerkt ein Wechsel vollzogen. Hier hat die Geldklemme bereits starkes Angebot verursacht, was allerdings an den Preisen noch nicht viel geändert hat, da die Lebenshaltung im allgemeinen größere Beträge als früher erfordert. Wo infolge Kapitalknappheit Angebot bestand, sind Käufe schon zu sinkenden Preisen getätigt worden. In Reis konnten sich die Preise nicht behaupten. Zucker blieb fest, wogegen in Gewürzen ebenfalls Abgabeneigung eingetreten ist.

Auf das Empfindlichste hindert die Geldknappheit am Metallmarkt die Geschäftstätigkeit. Die Verbraucher sind plötzlich sehr vorsichtig geworden, so daß jetzt Angebot herrscht. Es notierten zuletzt: Silber 3,4 Millionen pro Gramm, Zinn 166 Millionen, Nickel 90 Millionen, Zink 20 Millionen, Blei 20 Millionen pro kg. Die Preise sind weiterhin weichend.

Am hiesigen

Markt für Freiverkehrswerte

war die Nachfrage die ganze Woche hindurch anhaltend fest trotz aufsteigender Höherbewertung. Der Umsatz war außerordentlich groß, da außer der berufsmäßigen Spekulation sich auch solche Kreise dem Freiverkehr widmen, die eine gute Anlage ihrer flüssigen Kapitalien suchen. Bevorzugt waren alte, gute, Anlagen. Bei der großen Kauflust machte sich trotz Senkung der Devisen eine Kurssteigerung auf vielen Gebieten bemerkbar. Trotzdem wurde bereits alle verfügbare Ware schlank aufgekauft. Genannt werden uns (in 1000%): Hefftsche Kunstmühle 20 000, Kaweco 40 000, Kühnle, Kopp u. Kausch 100 000, Melliand 90 000, Bad. Elektrizitätswerke 28 000, Bad. Motor-Lokomotiven alte 23 000, junge 20 000, Brown, Boveri u. Co. 50 000, Entreprise 700 000, Flink Bronce alte 16 000, Gummi Neckar 12 000, Mannheimer station. Motoren 100 000, Liebhold Heidelberg 30 000, Stahlwerk Mannheim 300 000, Ufa 100 000, Fränkische Türen 15 000, Kreichgauer Maschinen 25 000, Hohenlohe Nährmittel 100 000, Hoffmann Söhne 20 000, Herrenmühle Genz 70 000, Hansa Lloyd 45 000, Bugatti ex. 8000, Bammental Tap. 80 000, Germania Linoleum 400 000, Krügershall 500 000, Liebhold Heidelberg 30 000, Rastatter Waggon 90 000, Rheinische Handelsbank 9000 und Roth Ludwigshafen 15 000.

* **Gladbacher Wollindustrie A.-G. in M.-Gladbach.** Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 20. Oktober einberufenen G.-V. für das Geschäftsjahr 1922/23 die Verteilung einer Dividende in Höhe von 1 Goldmark (i. V. 20 Prozent) vorzuschlagen.

* **Germawerke A.-G., Hamburg.** Die ao. G.-V. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 80 auf 100 Mill. ℳ. Die neuen Aktien sollen zu 10 000 Prozent ausgegeben werden. Gegen diese Beschlüsse erhob ein Vertreter der Minderheit Protest. Es wurde mitgeteilt, daß das Unternehmen befriedigend beschäftigt sei.

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

* **Frankfurt**, 22. Sept. (Drahtb.) Die heutige Befestigung der Devisen im Freiverkehr war zumteil auf Kaufaufträge zurückzuführen. Im Frühverkehr wurde der Dollar mit 145—165 Millionen genannt; später ergaben sich wieder mäßige Schwankungen, da die Schwierigkeiten am Geldmarkt noch nicht behoben sind. Dollarnoten wurden gegen 1 Uhr ca. 175 Millionen genannt. Im Effektenverkehr war das Geschäft von Büro zu Büro äußerst geringfügig, doch wurden verschiedentlich festere Kurse genannt. Heimische Anleihen blieben wieder stark gesucht. Für verschiedene Spezialwerte bestand Interesse. 5proz. preußische Roggenanleihe wurde mit 325—375 Mill. ℳ für einen Zentner Roggen genannt. Schiffahrtsaktien liegen fester. Emag 50 Millionen. Rückforth, Mainkraftwerke, Casseler Straßenbahn Stamm- und Vorzugsaktien sind gesucht. 5proz. Badenwerk 300 000%. Maschinenfabrik Gritzner 500 Millionen, Südd. Drahtindustrie 100 Millionen genannt.

Berliner Wertpapierbörse

⊡ **Berlin**, 22. Sept. (Eig. Ber.) Heute vormittag machte sich an der Börse nach den Abschwächungen der beiden letzten Börsentage wieder eine ziemlich lebhafte Rückkaufneigung bemerkbar. Darauf lassen sich allerdings nicht viel Schlüsse auf die Tendenz am Montag ziehen.

*

* **Von der Essener Börse.** Am 19. September notierten: Fränkische Türen- und Möbelfabrik in Hardheim (Baden) 200 Mill. G. 230 Mill. Br.; Schneider u. Co. in Heidelberg-Kirchheim 200 Mill. G. 240 Mill. Br.; Greifwerke A.-G., vorm. Peter Kohl in Mannheim Neckarau 700 Mill. G. 800 Mill. Br.

Devisenmarkt

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York

für Reparationslieferungen im freien Verkehr nach Frankreich.

Datum 1923	1 Goldmark = französ. Franken	1 Goldmark = belgische Franken	1 Goldmark = portugies. Escudos	1 Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
1. 9.	4,239	5,156	5,190	2 394 133,606	0,238216293333
4. 9.	4,211	5,145	5,426	3 285 741,984	desgl.
5. 9.	4,269	5,213	5,270	5 589 508,910	desgl.
6. 9.	4,308	5,247	5,502	10 223 875,271	desgl.
7. 9.	4,284	5,224	5,618	9 762 962,861	desgl.
8. 9.	4,277	5,213	5,658	8 242 778,333	desgl.
10. 9.	4,201	5,112	5,605	9 415 663,787	desgl.
11. 9.	4,107	4,933	5,645	14 614 496,533	desgl.
12. 9.	4,121	4,984	5,726	23 075 399,349	desgl.
13. 9.	4,150	5,026	5,782	21 460 927,371	desgl.
Wochendurchschnittskurse:					
27. 8.* bis 1. 9.	4,201	5,105	—	1 903 446,215	desgl.
3.-8. 9.	4,274	5,208	—	6	desgl.
Monatsdurchschnittskurse August 1923:					
	4,216	5,236	—	701 113,456	desgl.

Datum	1 Dollar = Papier-Mk.	1 engl. Pfund = Papier-Mk.	1 frz. Franken = Papier-Mk.	1 belg. Frank. = Papier-Mk.	1 Lire = Papier-Mk.
1. 9.	10 050 251,256	45 672 361,809	504 824,121	464 321,608	426 130,652
4. 9.	13 793 103,448	62 474 452,759	776 551,724	638 620,690	587 586,207
5. 9.	22 624 434,389	102 033 936,652	1 262 443,439	1 033 936,652	959 276,018
6. 9.	42 915 454,936	193 824 034,333	2 373 390,358	1 948 497,854	1 824 034,334
7. 9.	40 983 606,557	185 565 573,770	2 278 688,525	1 868 852,459	1 766 393,443
8. 9.	34 602 076,125	156 916 955,017	1 927 335,640	1 581 314,879	1 494 809,689
10. 9.	39 525 691,700	179 083 003,953	2 241 106,719	1 841 897,233	1 743 083,004
11. 9.	61 349 693,252	279 319 018,403	3 359 282,209	2 950 920,245	2 754 601,227
12. 9.	105 263 157,895	478 726 315,789	6 084 210,526	5 031 578,947	4 610 526,316
13. 9.	90 090 090,090	409 207 207,207	5 171 171,171	4 270 270,270	3 963 963,964
Wochendurchschnittskurse:					
27. 8. b. 1. 9.	7 990 411,506	36 332 933,813	453 056,332	372 885,870	343 321,348
3.-8. 9.	23 866 528,712	117 010 346,611	1 441 800,310	1 183 135,023	1 106 052,708
Monatsdurchschnittskurse August 1923:					
	2 947 377,957	13 441 041,103	166 526,855	134 083,025	126 918,630

3. 9. Feiertag. Keine Notierungen.

Waren und Märkte

Berliner Produktenmarkt

* **Berlin**, 22. Sept. (Drahtb.) Mit dem Steigen des Dollars erhöhten sich auch am Produktenmarkt die Preise wieder. Das Angebot vom Inland war nur mäßig, und es gab sich allenthalben vermehrte Kauflust kund. Von Roggen wurde für die Reichsgetreidestelle Ware gekauft. Man nimmt an, daß sich dies in nächster Zeit fortsetzen wird. Die Geldknappheit verhinderte aber größere Umsätze. Weizen, Gerste und Hafer mußten gleichfalls erheblich teuerer bezahlt werden; ebenso stiegen Mehl und Futterstoffe.

*

Steigende Dollarpreise für Baumwollwaren. Auf der am 19. September in Stuttgart abgehaltenen Industrie- und Handelsbörse steigerten sich laut „Konfektionär" bei einer Dollarbasis von 180 Millionen (letzte Börse 20 Millionen), die Dollarpreise um durchschnittlich 1—1½%. Markpreise wurden auf der Stuttgarter Börse nicht mehr notiert. Baumwollgarne: Nr. 20 engl. Trossel kosteten per kg 91—94 Dollarcent (letzte Börse 90—92 Dollarct.), Nr. 30 engl. Trossel per kg 101—104 Dollarcent (100—102 Dollarcent), Nr. 36 engl. Trossel per kg 104—107 Dollarcent (103—105 Dollarcent), Nr. 42 engl. Pincops 107—110 Dollarcent (106 bis 108 Dollarcent). Baumwollgewebe: 88 cm Cretonnes 16/16 aus 20/20er per m 14½—15 Dollarcent (14—14½ Dollc.), 88 cm Renforce 18/18 aus 30/30er per m 12¾—12¾ Dollarc. (12—12½ Dollarcent), 92 cm glatte Kattune 19/18 aus 36/42er per m 11¼—11½ Dollarcent (11—11½ Dollarcent). In Markbeträge ausgedrückt, haben sich die Preise mehr als versechsfacht. Die in Klammern befindlichen Angaben sind die Notierungen der letzten Börse vom 5. September.

Das ungarische Gesetz über die Steuervalorisation

Das neue ungarische Gesetz über die Steuervalorisation, welches soeben von der ungarischen Nationalversammlung angenommen wurde, enthält folgende wichtige Bestimmungen.

Die Steuerveranlagung für die Jahre 1922 und 1923 unterbleibt. Alle Steuerpflichtigen die im Jahre 1921 eine Einkommen- und Vermögenssteuer zu zahlen hatten, haben für das Jahr 1922 den fünffachen, für das Jahr 1923 den zwanzigfachen Betrag der für das Jahr 1921 veranlagten Einkommen- und Vermögenssteuer zu entrichten. Befinden sich in der Veranlagungssumme auch Einkommen aus Häuser- und Weinbergsbesitz, so sind kleinere Multiplikatoren anzuwenden, deren Ziffern durch den Finanzminister im Verordnungswege festgesetzt werden. Betragen die Bruttoeinnahmen aus Häuser- und Weinbergsbesitz mehr als 90 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens, so darf kein Multiplikator angewendet werden. Sind dagegen die beiden Einkommensquellen nicht höher als mit 20 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens zu veranschlagen, so ist eine Herabsetzung des Multiplikators unzulässig.

Hat der Steuerpflichtige eine dem Betrage seiner Einkommen- und Vermögenssteuer entsprechende Summe für das Jahr 1922 bis Ende Juni und für 1923 ebenfalls bis Ende Juni des entsprechenden Jahres entrichtet, so werden ihm diese Zahlungen mit dem doppelten, beziehungsweise dreifachen Betrage gutgeschrieben.

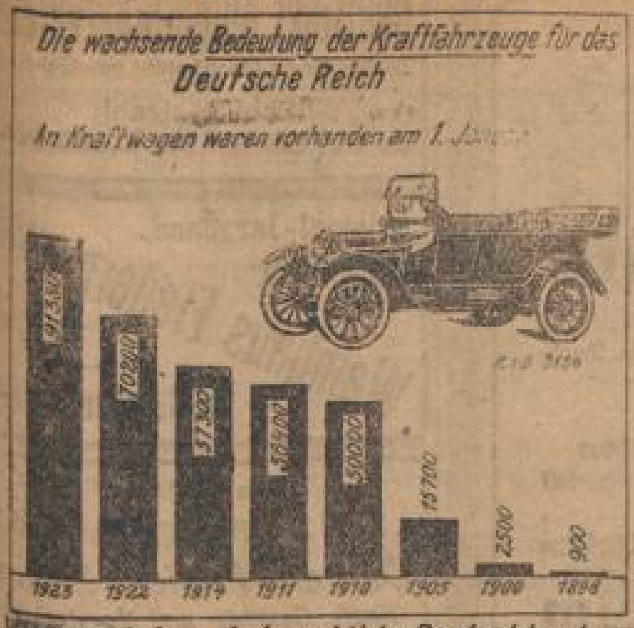
Die Herabsetzung der Multiplikatoren kann auch erfolgen, wenn der Steuerpflichtige in einem bis zum 15. Januar 1924 einzureichenden Steuerbekenntnis ausführlich nachweisen kann, daß seine Einnahmen oder die Steuergrundlage für seine Vermögenssteuer im Jahre 1922, beziehungsweise 1923 das fünffache, beziehungsweise zwanzigfache seiner Einnahmen aus dem Jahre 1921 nicht erreicht haben. Der Multiplikator kann jedoch höchstens auf 60 Prozent des fünffachen, beziehungsweise zwanzigfachen Betrages herabgesetzt werden. Die Steuerzahlung kann mit postrifizierten Kriegsstaatsschuldentitres entrichtet werden. Säumige Steuerzahler haben für jeden Monat, den sie mit der Steuerzahlung im Rückstand sind, 10 Prozent ihrer noch fälligen Steuerschuld zu bezahlen. Auf Gemeindeschulden, die in Weizenwährung zu entrichten sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Erträgnisse von Steuern. Im Juni erbrachte die Kapitalverkehrssteuer insgesamt 78,8 (im Mai 42,4 und von April bis Juni 148,4) Milliarden. Von der Gesellschaftssteuer ist die auf Aktiengesellschaften usw. mit 13,8 (8,3 bzw. 28,9) beteiligt. Die Wertpapiersteuer erbrachte insgesamt 1,06 (0,34 bzw. 1,55), dabei die auf ausländische Werte allein 0,72 (0,19 bzw. 0,26). Von der Börsenumsatzsteuer gingen 62,01 (32,61 bzw. 113,84) ein. Davon entfielen auf Aktien sowie festverzinsliche Werte und Bezugsrechte 50,4 (25,5 bzw. 39,2) und auf ausländische Zahlungsmittel 11,3 (6,7 bzw. 23,6). Die Aufsichtsratssteuer erbrachte 0,6 (0,45 bzw. 1,3).

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heume — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: i. V. Richard Schönfelder; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

MARCHIVUM

Sportliche Rundschau



25 Jahre Automobil in Deutschland

Pferdesport

ks. **Preise für Vollblüter.** In Hoppegarten kamen 3 Pferde des Hauptgestüts Altefeld, und zwar die Dreijährigen Arachne und Polynesia sowie die Zweijährige Cisterne, ferner Dr. R. Lindenbergs Eck zur Versteigerung. Das Gestüt Alt-Haldensleben erwarb Arachne für 325 Milliarden, Polynesia wurde von Hr. S. Heymann für 115 Milliarden erstanden, Cisterne brachte 90 Milliarden (R. Johnson) und Eck 25 Milliarden (Thimm).

Rudersport

* **Krise in der Mannheimer Rudergesellschaft.** Wie uns mitgeteilt wird, traten vor einigen Tagen eine große Anzahl jüngere und ältere Mitglieder aus der „Mannheimer Ruder-Gesellschaft" wegen internen Vereinsangelegenheiten aus. Unter den ca. 35 Mann befinden sich fast alle Rennruderer der letzten Jahre, darunter die in Süddeutschland bekannte und beliebte Walleiger-Mannschaft samt ihrer Instruktoren. — Es ist dies für den Verein, der immer unter Nachwuchssorgen leidet, recht bedauerlich. Er wird, wenn sich die Angelegenheit nicht in elfter Stunde beilegen läßt, was allseitig gewünscht wird, auf lange Zeit sportlich zurückgestellt sein. In Rennrudererkreisen ist man der Ansicht, daß beide Parteien sich zum Wohle des deutschen Rudersports entgegenkommen sollten. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, die auf vielen Regatten sieggewohnten Mannschaften der Ruderei zu erhalten, damit sie noch recht oft die Farben unserer Heimatstadt Mannheim erfolgreich vertreten können.

Literatur

* **Handbuch der Leibesübungen.** 2. Band „Deutsche Turn- und Kampfspiele. Herausgegebe von C. Dreier, A. Mallwitz, E. Neuendorff im Auftrage der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. 168 Seiten mit vielen Abbildungen. Verlag: Weidmannsche Buchhandlung in Berlin. Das äußerst übersichtlich gehaltene Werk behandelt die verschiedenen Ballspiele, wie Schlagball, Faustball, Trommelball, Schleuderball, Handball, Korbball und zum Schluß noch Barlauf. Für viele Spieler bringt das Werk Neues. Die einzelnen Spiele sind eingehend erläutert und durch sehr gute Bilder noch verständlicher gemacht. Wichtige Winke und Anleitungen, die so selbstverständlich klingen, dürften vielen Spielern nicht bekannt sein. Es ist überzeugend dargelegt, daß die oben genannten Spiele wohl imstande sind, sich die breite Oeffentlichkeit zu erwerben. Am Schluß des Werkes heißt es „Von der Kultur bei den Spielen": „Jeder leistungsfähige Verein strebe darnach, sich einen eigenen Platz zu sichern mitten in schöner deutscher Landschaft, Mittel dazu soll ihnen das Wettspiel geben, das deswegen nicht ganz und gar dem Geschäftsgeist ausgeliefert werden braucht. Daneben aber muß durch Staat und Gemeinde für öffentliche Spielplätze gesorgt werden. Die Städte müssen die Spielplätze ihrem Körper als wesentliche Werkzeuge eingliedern, damit ihre Steinwüste der neudeutschen Jugend wohnlich und heimelig werde." — Das Buch sollte in keinem Verein fehlen und keinem Spieler fremd sein. Sein Besitz bringt für den Spieler Gewinn.

Neues aus aller Welt

— **Familiendrama.** In Graz hat der Seifen- und Kerzenfabrikant und Parfümeur Rudolf Sora in seiner Villa seine beiden Söhne im Alter von 9 und 11 Jahren im Bett erschossen und dann sich selbst durch ein Jagdgewehr entleibt. Aus einem Abschiedsbrief, den er dem Mitbewohner der Villa hinterließ, konnte man den Beweggrund der Tat erkennen. Er beging sie aus Gram darüber, weil seine in Graz lebende Gattin an einem schweren Lungenleiden daniederliegt und er befürchtete, daß die beiden Kinder derselben Krankheit zum Opfer fallen würden.

— **Die japanischen Opfer und die Lebensversicherungsgesellschaften.** Kürzlich fand eine Besprechung des japanischen Finanzministers Inouye mit dem Präsidenten der ersten Lebensversicherungsgesellschaft Japans, der insgesamt 47 Versicherungsgesellschaften vertrat, statt. Auch der Präsident der Bank von Japan war anwesend. Es handelte sich dabei um die Festlegung der Entschädigungen, die von den Lebensversicherungsgesellschaften gezahlt werden sollen. Die Gesellschaft verlangte von der Bank von Japan einen Vorschuß von 50 Millionen Jen, der etwa einem Betrag von 100 Millionen Goldmark entspricht. Sie stellen dafür ein Eigentumspfand von mehr als dem zehnfachen Betrag zur Verfügung. Man nimmt an, daß die Ansprüche, die von den Angehörigen der Erdbebenopfer in Tokio und Jokohama an die Versicherungsgesellschaften gestellt werden, sich auf 30 Millionen Jen belaufen, was ungefähr einem Betrage von 60 Millionen Goldmark entspricht. Die dann noch von dem Vorschuß verbleibenden 20 Millionen Jen sollen an diejenigen Erdbebenopfer gezahlt werden, die mit dem Leben davongekommen sind, aber einen großen Eigentumsschaden erlitten haben. Die genaue Anzahl der Toten steht noch nicht fest. Es werden aber Annäherungsziffern gegeben, die sich mit dem endgültigen Ergebnis wahrscheinlich ziemlich decken werden. Danach sind in Tokio durch das Erdbeben rund 110 000 Menschen getötet worden, in Jokohama 30 000, in Kanakura 10 000, auf der Miura-Halbinsel 10 000 und auf den übrigen, von dem Erdbeben betroffenen Gebieten etwa 5000, das sind rund zwischen 160—170 000 Tote. Insgesamt sind 700 000 Wohnstätten zerstört worden auf einem Gebiet, das von drei Millionen Menschen bewohnt ist.

— **Das höchste Hotel der Welt** und zugleich eins der großartigsten, die es überhaupt gibt, wird jetzt in der Nähe des Gipfels der Jungfrau errichtet. Die Grundmauern werden gegenwärtig aus den Felsen des Jungfrau-Joches in einer Höhe von 11 840 Fuß herausgehauen. Ein kurzer Fußpfad, der durch einen Tunnel geht, wird von der Jungfrau-Bahn zu diesem neuen Gebäude geführt. In dem Hotel auf der Jungfrau wird alles elektrisch betrieben, Kochen, Heizen, Reinigen, Beleuchtung und natürlich auch Telegraphie und Telephonie. Man wird also in dieser Region des ewigen Schnees imstande sein, durch drahtlose Telephonie ein Konzert zu hören, das von der Sendestation einer Großstadt verbreitet wird. Das Hotel wird in den Berg hineingebaut, dessen Felsen Rückwand und Seitenwände des Gebäudes bilden. Man wird von dem Hotel die großartigste Aussicht über die Riesenerhebungen des Berner Oberlandes genießen und über das weite Schneefeld des Aletsch-Gletschers hin die Alpinisten beobachten können, die mit ihren Führern angeseilt zu der Konkordiahütte hinter dem Schreckhorn oder zu der Kleinen Bergli-Hütte emporkraxeln.

— **Ein merkwürdiger Umzug.** Seit langer Zeit haben die Engländer in Indien mit der sogenannten Gandhi-Bewegung zu kämpfen, die nach ihrem Urheber benannt ist und das Ziel verfolgt, einen Boykott englischer Waren und englischer Beamten durch die Inder herbeizuführen. Die Bewegung nennt sich auch sachlich als die des „Nichtzusammenarbeitens", da die Inder jeden Verkehr, auch geschäftlichen, mit Engländern ablehnen. Die Befürworter dieser Bewegung haben für ihre Sache besonders durch Umzüge gewirkt, in denen Fahnen und Tafeln mit entsprechenden Inschriften mitgeführt wurden und solche Umzüge hat die englische Regierung zu unterdrücken versucht. Daß ihr dies nicht ganz gelungen ist, geht aus einem sonderbaren Kompromiß hervor, das in Nagpur zwischen der Polizei und den Führern der Gandhi-Bewegung getroffen worden ist. Es wurde den Indern ein Umzug mit Fahnen und Plakaten für einen bestimmten Teil der Stadt erlaubt und Polizisten in Uniform begleiteten den Zug, um darauf zu achten, daß keine lauten Kundgebungen erfolgten.

— **Eine abenteuerliche Reise rund um die Welt** ist von einem südafrikanischen Ehepaar angetreten worden. Es handelt sich um einen Trambahnführer Le Roux, der mit seiner Frau von Johannesburg, als dem Anfangspunkt seiner Weltreise, aufgebrochen und gegen Ende August in Kapstadt eingetroffen ist. Er hat für die Zurücklegung der etwa 1700 Meilen langen Strecke 7½ Monate gebraucht, war dabei allerdings vier Monate durch heftigen Regen am Fußmarsch verhindert. Es handelt sich um eine Strecke, die die Bahn in etwa 34 Stunden zurücklegt. Das Ehepaar führt alle seine Habseligkeiten mit und zwar in einem Karren, der von zwei Hunden gezogen wird. Ihren Lebensunterhalt wollen sie unterwegs durch Vorträge und den üblichen Postkartenverkauf verdienen. Die Weltwanderer haben die Absicht, von Kapstadt nach Indien mit dem Dampfer zu fahren und auf dem Fußwege Kalkutta zu erreichen. Von dort wollen sie abermals mit dem Dampfer West-Australien erreichen und an der Küste entlang nach Sidney wandern, von Australien wird die Reise auf der See nach San Franzisko fortgesetzt. Von dort aus wollen die beiden zu Fuß den ganzen amerikanischen Kontinent bis nach New-York durchqueren. Von Newyork bis Liverpool soll wieder der Dampfer benutzt werden und dann will man von Liverpool über London zu Fuß die Südküste Englands erreichen. Nach der Ueberquerung des Kanals beginnt wieder der Fußmarsch auf dem europäischen Kontinent, der sie durch Frankreich, weiterhin nach Griechenland, die Türkei und Palästina, führen soll. Von Palästina aus soll Aegypten erreicht werden, und dann von Kairo aus nilaufwärts Rhodesien und das südafrikanische Randgebiet, womit die Weltumwanderung ihren Abschluß finden soll. Die beiden hoffen, das Programm in fünf Jahren zu erledigen.

An unsere Kundschaft!

Wir bitten, von nachstehender Veröffentlichung Kenntnis zu nehmen: 6592

Effekten-Provision.

Für den An- und Verkauf von Wertpapieren berechnen wir ab 15. September d. J.:

I. a) für die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches von 1923 (Goldanleihe) . . . 1%
b) für Dollarschatzanweisungen des Reiches, wertbeständige Anleihen des Reiches, der Länder, der Kommunen und Kommunalverbände, sowie von diesen verbürgten wertbeständigen Anleihen . . . 1½%
c) für festverzinsliche Werte einschließlich der Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten und der steuerlich begünstigten Vorzugsaktien, ausschließlich der ausländischen Rentenpapiere . . . 3%
II. für Dividendenwerte und die außer zu I a u. b genannten wertbeständigen Anleihen, u. für ausländische Rentenpapiere . . . 6%
III. für Bezugsrechte
a) An- und Verkauf, ausschließlich Maklergebühr . . . 6%
b) Ausübung . . mindestens ℳ 1 000 000.— per Stück der jungen Aktien

Pauschalgebühren für Depeschenspesen, Portoauslagen, Versicherung und Materialien bei Effekten-Abrechnungen.

a) für die Wertpapiere der Gruppe II, sowie für den An- und Verkauf von Bezugsrechten:
bis 500 Millionen ℳ ausmachenden Betrag . . . 1 Goldmark
über 500 Millionen bis einschließlich 1 Milliarde ℳ ausmachenden Betrag . . . 2 Goldmark
über 1 Milliarde bis einschließlich 3 Milliarden ℳ ausmachenden Betrag . . . 3 Goldmark
über 3 Milliarden ℳ ausmachenden Betrag . . . 4 Goldmark
b) für die Wertpapiere der Gruppe I wird die Hälfte der vorstehenden Goldmark-Gebühren berechnet.

*) Pauschale beim Bezug junger Aktien, per Stück der jungen Aktien . ℳ 1 000 000.—
Bei auswärtigem Bezug junger Aktien werden die Porto- u. Versicherungsspesen besonders berechnet. Funktelegramme werden in allen Fällen besonders berechnet.

Die Berechnung der Goldmark erfolgt zum amtlichen Dollarkurs vom Tage des Abschlusses des Geschäftes.

Wertstellung bei Effekten-Verkäufen.

Bei Verkäufen an auswärtigen Plätzen = mindestens 8 Werktage
Bei Verkäufen in Mannheim = mindestens 2 Werktage nach Verkauf bezw. Lieferung der Stücke.

Ein- und Auslieferung, sowie Uebertragung von Wertpapierdepots.

a) für Dividendenwerte und ausländische Rentenpapiere für jedes Stück das 10fache Porto für einen einfachen Fernbrief, höchstens jedoch das 200fache des einfachen Fernbriefportos für jede Gattung.
b) für wertbeständige Anleihen und Dollarschatzanweisungen für jedes Stück das 3fache Porto für einen einfachen Fernbrief, höchstens jedoch das 30fache des einfachen Fernbriefportos für jede Gattung.

Kredit-Bedingungen.

Die Gebühr für die Hergabe von Krediten beträgt, soweit nicht bereits höhere Beträge bezahlt oder vereinbart sind:
für die Zeit vom 1.—15. September 1923 = endgültig 5% pro Tag
für die Zeit vom 15.—30. September 1923 = vorläufig mindestens 6% pro Tag

Für reine Effekten-Debitoren betragen die Sätze:
für die Zeit vom 1.—15. September 1923 = endgültig 6% pro Tag
für die Zeit vom 15.—30. September 1923 = vorläufig mindestens 9% pro Tag.

Umsätze unter 100 Millionen Mark.

Wir bitten, Umsätze unter 100 Millionen Mark im Einzelfall nach Möglichkeit zu vermeiden, da wir ab 25. September d. J. für derartige Umsätze außer den sonstigen Gebühren eine Sonder-Gebühr von 1 Million Mark berechnen müssen.

Mindesteinlage im Bar-Depositenverkehr.

Die Einlage bei Konto-Eröffnung muß mindestens 100 Millionen Mark betragen.

Wertstellung von Schecks auf auswärts.

Für Schecks auf auswärtige Bankplätze kann die Wertstellung frühestens 10 Werktage nach Erhalt der Schecks erfolgen.

Ablehnung der fortlaufend auszuführenden Zahlungen.

Infolge Arbeitsüberlastung müssen wir vom 1. Oktober d. J. ab die Erledigung der von uns zur regelmäßigen Ausführung vorgemerkten fortlaufenden Zahlungen ablehnen. Aus dem gleichen Grunde bitten wir, ab 1. Oktober d. J. von der bisherigen Gepflogenheit, uns die Steueranforderungszettel, sowie die Rechnungen über Gas, Strom, Wasser, Telephon, und Krankenkassen-Gebühren durch die in Frage kommenden Behörden zwecks Belastung auf Konto direkt zustellen zu lassen, abzusehen.

Schalter-Schluß.

Die Schalter sämtlicher Banken werden von jetzt ab bereits um 12 Uhr geschlossen. 6592

Mannheim, Ludwigshafen, den 15. September 1923.

Vereinigung Mannheimer und Ludwigshafener Banken und Bankiers.

Deutsche Liberale Volkspartei.
Montag, 24. September abends 8½ Uhr im „Kasinosaal" R 1
Vortrag des Hauptschriftleiters Kurt Fischer über:
„Die politische Lage."
Eingeführte Gäste herzlich willkommen. 1528

Gediegene Möbel
kaufen Sie vorteilhaft bei 583
H. Schwalbach Söhne
Wohnungseinrichtungen B 7, 4 — Mannheim
Telephon 6885.

Statt Karten. *3824
Annemarie Franz
W. Erich Hahn
Musikdirektor
Verlobte
September 1923
Mannheim, Friedrichsring 2a — Saarbrücken

Statt jeder besonderen Anzeige!
Marianne Mayer
Paul Mann
Verlobte
P 7, 16. — Werderplatz 7.
Mannheim, den 23. September 1923.
Zu Hause Sonntag, den 30. September.

Statt Karten!
Helene von Hagen
Georg Kruse
Verlobte
Mannheim, im September 1923
Rheindammstr. 64 *3806

Statt besonderer Anzeige.
Gestern abend verschied unerwartet nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel *3523
Herr Ludwig Kühnle
Schiffseichaufnehmer
im Alter von 72 Jahren.
Mannheim (M 5, 4), Neckargemünd, Heidelberg, St. Goarshausen, Hellmersheim, den 22. 9. 1923.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau L. Kühnle geb. Iffinger.
Die Beerdigung findet Montag, den 24. September, 4 Uhr statt.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten, unvergesslichen treuen Gatten, der fürsorglichste beste Vater unserer Kinder, unser guter treuer Sohn u. Bruder
Johann Sody
(Schiffahrt)
gestern mittag plötzlich und unerwartet infolge eines Schlaganfalles mitten aus unserem glücklichen Familienleben zu entreissen. Der Verlust ist unersetzlich. *3516
In unsagbarem Schmerze die tieftrauernde Gattin:
Katharina Sody geb. Meinhard, und die Kinder
Hildegard Sody und Herbert Sody.

Rohrbach, den 21. 9. 23
Ruth
Die Geburt einer *3821
Tochter
zeigen an
Ludwig Schimmer u. Frau geb. Roth

Große Nachlaß-Versteigerung
(Zweiter Teil)
auf Ableben des Kaufmanns Albert Adolf Wißler in Mannheim am Mittwoch, 26. September und folgende Tage, jeweils vormittags 9 Uhr u. nachm. 2 Uhr beginnend, im Geschäftslokal E 2, 4/5: 6594
Tapeten, Borden, Wachstuche, Leisten, Bodenwachs, Kleister, Vorlagen, Fußmatten usw., Musterkarten, Schneidmaschine, Musterschrank u. Gestelle, Ladenregale, Theke, Erker, Bank, Stühle, 2 Dipl.-Schreibtische, Packtische, 1 Kassenschrank, 1 Schreibmaschine (Remington), 1 kleine Schreibmaschine (Hellas), Maschinentische, Zahlkasse, Kopierpresse mit Tisch, Leitern in versch. Größen, Schreibpulte, Hocker, Handwagen, 1tür. Schrank, Flurgarderobe, Waage mit Gewichten, Regulator, Bauerntisch, verschiedene Büster, Pendel, Bilder und viel Unbenanntes.
Die gesamte Büro- bezw. Laden-Einrichtung wird Mittwoch vormittag ausgeboten.
Ortsrichter Landsittel - Tel. 7309
gerichtlich beeidigter Schätzer.

6/22 PS. Adler
Viersitzer, fabrikneu, mit allen Schikan., verkauft
„Akrema", Mannheim, M 7, 9a—10, Tel. 506

587

LIEBHOLD'S BETTEN
BETTENHAUS LIEBHOLD AM MARKT, H 1

Klavierunterricht
erteilt W. Schöberle, Max Josefstr. 13

Heirat.

Heiraten vermittelt Frau Schmuck, T 1, 3 513

Glückliche Ehen vermittelt rasch Frau J. Hofmann, Stuttgart, Hackstr. 16. Fernspr. 6327 1591

Suche f. m. Freundin, Waise, hübsche Erschein., welche bisher als Stütze im Haushalt tätig, einen netten Herrn, nicht unt. 25 Jahr., zwecks *3497 Heirat. Schöne Wäscheaussteuer vorh. Zuschrift unt. P. O. 48 a. d. Geschäftsst.

Heirat! Zwei best. Handwerker, 28 J., suchen auf dies. Wege die Bekanntschaft zweier Damen im Alter bis 25 J. zwecks späterer Heirat. Zuschr. m. Bild unter O. F. 14 an die Geschäftsstelle. *3350

Beamter, 37 J., Wwr., 1 Kind, sucht *3323 **Lebensgefährtin** Zuschr. u. Ludwigshafen-Rh., Friedrichstr. 80.

Jg. geb. Frau wünscht Bekanntschaft m. gebild. Herrn zwecks Gedankenaustausch und späterer Heirat. Zuschr. unt. M. L. 51 an die Geschäftsstelle. *3212/13

Alleinsteh. best. Herr, 44 J., evgl., m. schöner Wohnung, sucht *3526 Heirat m. anst. Frl. od. Wwe., nicht üb. 35 J., wenn a. v. Lande. Zuschr. u. Q. R. 65 a. d. Geschäftsst.

Heirat! Reiche Ausländerinnen u. vermög. deutsche Damen wünschen glückliche Heirat. Herren, a. ohne Verm. gibt kostenl. Ausk. Stabrey, Berlin N. 113, Stolpischestr. 48. *3132

MARCHIVUM

National-Theater Mannheim.

Sonntag, den 23. September 1923
Miete A, Reihe drei, 2. Vorstellung

Lohengrin

Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. Spielleitung: Eugen Gebrath. Musikal. Leitung: Paul Breisach.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Heinrich der Vogler, deutscher König	Mathieu Frank
Lohengrin	Alfred Färbach
Elsa von Brabant	Aenne Geier
Herzog Gottfried, ihr Bruder	Christine Zisch
Friedrich von Telramund, brabantischer Graf	Hans Bahling
Ortrud, seine Gemahlin	Berta Lamperi-Cronegk a. G.
Der Heerrufer des Königs	Josef Burgwinkel

45

Neues Theater im Rosengarten

Sonntag, den 23. September 1923
(F. V. B. Nr. 81—420 u. 2351—2450)
(B. V. B. Nr. 6021—6370)

Mohrenwäsche

Schwanklustspiel in 3 Akten von Toni Impekoven u. Carl Mathern. Inszeniert: Ado von Achenbach.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Großmutter Karoline Klotz	Julie Sanden
Oskar von Klotz } ihre beiden	Anton Gangl
August von Klotz } Jungen	Alexander Kökert
Fritz von Klotz, August's Sohn	Kurt Reill
Gerda Klotz, dessen Kusine	Else von Hagen
Else von Berka, Malerin	Elvira Erdmann
Dr. Max Köppke, Detektiv	Ernst Sladeck
Joachim Günther Graf von Isselhorst	Hans Herbert Michels
Henriette Gräfin von Isselhorst	Lene Blankenfeld
Franz, der alte Diener	Fritz Linn

64

Konzerte u. Vorträge.

Heute, Sonntag abds. 8 Uhr, Harmonie, D 2, 6
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt

Agnes Delsarto

Neue Folge / Lustiges Durcheinander zur Laute
Karten von 10—12 Uhr im Blumenhaus Tattersall, Schwetzingerstr. 16 u. von 11—1 Uhr u. ab 5 Uhr in der Harmonie, D 2, 6.

25. Sept., Dienstag, abends 7½ Uhr, Musensaal
Erster Abend „Das deutsche Lied"

Lotte Leonard, Berlin

Lieder von Beethoven, Mozart, Schubert.
(Konzertgemeinde Freie Volksbühne Nr. 1001—2000)

27. Sept., Donnerstag, abds 7½ Uhr, Harmonie, D 2, 6
AGNES DELSARTO
Lustiges Durcheinander zur Laute
für die Mitglieder der Konzertgemeinde „Freie Volksbühne" Nr. 2001—2600
Kartenabgabe ab Dienstag in der Geschäftsstelle M 3a, Alte Dragonerkaserne. 6598

28. Sept., abends 7½ Uhr, Musensaal
Tanzabend

Edith Walcher

a. der Presse: . . . bei ihrer vollendeten Anmut macht die glühende Besessenheit ihrer Bewegungen den Tanz als Selbstzweck glaubhaft! . . . . . .

Konzertverein e. V., Mannheim
Vier Konzerte im Harmoniesaal, D 2, 6
Wendling-Quartett — Busch-Quartett
Budapester Quartett — Klingler-Quartett
Erstes Konzert am 2. Oktober, abends 7½ Uhr.
Die Mitglieder erhalten Aufforderung zur Einzahlung ihrer Beiträge in den nächsten Tagen. Neuanmeldungen bei den bekannten Vorverkaufsstellen, bei Frl. Dr. Geissmar, Mollstr. 45 und im Blumenhaus Tattersall, Schwetzingerstr. 16.

Karten für alle angezeigten Veranstaltungen bei Heckel, O 3, 10, im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a.

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert schnell
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Melliand's Dreiem- Kernseife

in 200 Gramm Doppelstücken — Eingetragene Schutzmarke — und 400 Gramm Blockstücken

sowie jede Art

Industrie-, Haushalt-, Toiletten- u. Medizinal-Seifen
in besten Qualitäten. S87

Spezialität:
Textil-chemische Produkte. ✡ Export nach allen Weltteilen

M. Melliand Chemische Fabrik Aktiengesellschaft **Mannheim**
Telegramm-Adresse: Textilchemie. ∴ Telephon: 5921, 5922, 5923.

Karl-Theodor „Klause"

O 6, 2 Inh.: K. Häberle Tel. 8731
Heute abend 8.30 6576
Lieder-Abend
Hans Bahling.

Untergang des Abendlandes oder Aufgang einer neuen Kultur?

Oeffentliche Vorträge im Kasinosaal R 1.
Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr: Die Mission des deutschen Geisteslebens in der Gegenwart. Redner: Herr Salewsky-Karlsruhe.
Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr: Untergang des Christentums od. lebendiges Christentum? (Versöhnung von Wissen und Glauben). Redner: Herr Rittelmeyer-Mannheim.
Freitag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr: Neuer Kultus und neue Kultur. *3471
Redner: Herr Dr. Heidenreich-Frankfurt a. M.

Acht Vorträge Ludwig Weichert, Berlin

in der Konkordienkirche in Mannheim, jeweils abends 8 Uhr, unter Mitwirkung versch. Chöre.
Themata:
am 23. Sept.: 6 Uhr: Die Halbheit der Christen als Grund unseres Verderbens.
am 24. Sept.: Will die moderne Gesellschaft ganze Christen?
am 25. Sept.: Will die Christenheit ganze Christen?
am 26. Sept.: Christentum oder Christus?
am 27. Sept.: Der Bankerott des Verstandes vor Christi Kreuz.
am 28. Sept.: Das Evangelium als Erlösung von Subjektivität und Objektivität.
am 29. Sept.: Individuum und Gemeinschaft.
am 30. Sept.: 6 Uhr: Praktisches Christentum.
Eintritt frei. *3486

Deutscher Buchdruckerverein

Bezirksverein Mannheim-Ludwigshafen
Schlüsselzahl
ab 22. September **1,600,000**

Original-Jazzband „Kentucky" *3520
Weinhaus Fledermaus C 3, 4
Ia. Crescenzweine

Neu eröffnet!
in Q 1, 11 (erste Etage, am Marktplatz) Tel. 4363
Damen-Frisier-Salon
Kopf-, Gesichts- und Nagelpflege
*3512 *Else Werner.*

Gummi-Regenmäntel

Gummi-Pelerinen
Gummi-Schuhe
für Damen und Herren
in reicher Auswahl.
Hill & Müller
N 3. 11/12. Fernruf Nr. 576 Kunststr.

Ohne Benzin Ohne Benzol
fährt jeder Lastwagen mit 6600
Duo-Schweröl-Vergaser.
Glänzende Gutachten.
Näheres **„Ragma"**
Rhein. Automobilhandelsges. m. b. H., Mannheim
Lange Rötterstraße 2. Tel. 8889

Offene Stellen

Bank

sucht jüngeren

jedoch durchaus bilanzsicheren Herrn

als Stütze des Buchhaltungschefs in aussichtsreiche Stellung. Bankmäßige Vorbildung nicht durchaus erforderlich. Es wird jedoch nur auf **energische zielbewußte Persönlichkeit** reflektiert, welche imstande ist, einer Abteilung vorzustehen.
Angebote mit Lichtbild und Zeugnis-Abschr. unter K. R. 116 an die Geschäftsstelle. 6548

Bedeutende Speditions- und Schiffahrtsgesellschaft sucht für den Platz Karlsruhe 6575

1. Kraft

die sich für die Mitleitung einer bereits schon bestehenden Filiale eignet und speziell den Verkehr mit der Kundschaft sowie das Rheingeschäft kennt.
Die Stellung ist mit Prokura und Gewinnbeteiligung verbunden.
Angebote unter K. Y. 123 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Buchhalter

aushilfsweise, evt. nur halbtags von größerer Firma gesucht.
Angebote unter L. C. 127 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 6602

Gesucht: Gut empfohlen. **Mädchen** das bürgerl. kochen kann, zu kinderl. Ehepaar. Viktoriastr. 19 part. *3441

Gesucht: Garderobefrau für sofort. *3509 Q 5, 13 Wintergarten.

Gewandte, zuverlässige **Buchhalterin** für Vertrauensposten sofort **gesucht.** Vorerst nur schriftliche Angebote an *3527 Süddeutsche Fleischwarenhandelsgesellschaft m. b. H. Spinner u. Abelmann, Rosengartenstr. 34.

Zum baldigen Eintritt suchen wir **gewandte Kaufleute** als

Lohn-Rechner.

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften unt. Kenn-Nummer 900 an E278
Brown, Boveri & Cie. A.-G.
Mannheim-Käfertal.

Vertretung leistungsfähiger Schuhcremefabrik zu vergeben. *3432 A. Kerre, Lörrach i. Bad.

Für unj. Leihbibliothek suchen *3517 **gebild. junge Dame** (nicht handelsschulpflicht.) die Interesse f. Literatur hat. Nur schriftl. Angebote Brockhaus & Schwalbe C 1, 9

Jüngeres **Fräulein** für die Dauer von zwei Monaten für leichte Büroarbeiten gesucht. *3502 Angebote u. Q. L. 59 an die Geschäftsstelle.

Aelteres Mädchen zuverlässig, für Küche u. bess. Haushalt zu einz. Herrn sofort ges. 2163 Bahnhofplatz 7, 2 Tr. Bassermann od. Büro Baden.

Stellen-Gesuche

Lehrerstochter 23 Jahre alt, mit guter Schulbildung, vertraut mit Kontorarbeit, (auch mit Stenographie und Schreibmaschine), sowie auch im Verkehr m. dem Publikum u. im Hauswesen bewandert, sucht geeignete Stellung in Mannh. od. Heidelberg. Angeb unt. P. N. 47 an die Geschäftsst. *3435

Kaufm., 25 J. alt, in allen kfm. Fächern bew., perfekt in Buchführung, Abschlüssen, Bankwesen, durchaus bilanzsicher, sucht baldigst in Mannh. **Buchhalterposten** Angeb. unt. Q. C. 61 an die Geschäftsst. *3474

Bess. Fräulein perf. im Haushalt, sucht Stelle zu einzeln. Herrn od. zur Führung eines Haushalten. Angebote unter Q. A. 59 an die Geschäftsstelle. *3467

Kauf-Gesuche

Gebrauchte, guterhaltene **Mandola** (nur gutes Instrument), evtl. auch gute Guitarre zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter K. S. 117 an die Geschäftsstelle. 2159

Sammler kauft höchstzahlend jede Menge gebrauchter deutscher **Briefmarken** aus dem täglichen Verkehr. Schriftliche Angebote erbittet Wilhelm Leins, Sofienstr. 24. *3503

Sprechapparat in Kastenform, geschloss., nur gut erhalten, dunkel poliert, zu kauf. gesucht. Angeb. m. Beschreibung, evtl. Preisangabe unter Q. O. 64 an die Geschäftsstelle. *3525

Juwelierwerkstätte
Goldankauf
Gregor Rexin, Breitestrasse H 1, 6.
S47

Verkäufe

Bergstraße! Alsbald beziehbar! (13/4) Villa, 10 Zimmer etc., großer Garten, zu 30.000 Goldmark zu verkaufen. 6201
Wolff, Moos u. Co. G. m. b. H. in Bensheim

Wegen Auswanderung zu verkaufen:
Privathaus 4stöck. mit kl. Garten in gut. Wohnlage, beziehb. 5 Zimmer, Küche, Bad evtl. einschl. Mobiliar.
Geschäftshaus Innenstadt mit freim. 3 Zim., Küche, Werkstätte u. Maschinen
Kl. einfach. Haus nahe Marktplatz mit freim. 2 Zimmer, Küche evtl. kl. Laden. Näh. dch. Immobilien-Büro
Levi & Sohn Q 1, 4. Tel. 505

Gold. 5 Mark-Stück Silbergeld Ostafrika, Münzen geg. Höchstgeb. zu verk. Angeb. u. Q. N. 61 an die Geschäftsstelle *3518

Bettrost, Blumengestelle, Kleiderbüste und Wolljumper, Zweiflammen-Spirituskocher billig zu verkaufen. Zu erfragen Kehrer, U 4, 19a IV. B. *3498

Mehrere Waggon Bündel- u. kesselfertiges Stockholz abzugeben. *3307 Frey & Hornig, Holzgroßhandl. U 4, 19a. Tel. 6079.

1 gebr. Herrenrad mit Freilauf, 1 gebr. Hobelbank nebst verschied. Schreinerwerkzeug billig zu verkaufen. Näheres H 3, 15, Berret. *3511

N. S. U. Motorrad 2 PS., Seezl., 2 Gänge, zu verk., Nachm. zu bes. *3498 **E 7. 24** II.

Grammophon mit Platten z. verk. P 5, 21.

Miet-Gesuche.

Anstaltsbeamter, sehr solide, sucht *3522 **schön möbl. Zimmer** bei wertbeständ. Bezahl. in guter Stadtlage. Angebote unter Q. P. 63 an die Geschäftsstelle.

Bankbeamter sucht **1—2 leere oder möbl. Zimmer (auch Mansard.)** geg. zeitgem. Bezahlung. Lindenhof, Oststadt oder Nähe Bahnhof bevorz. Angeb. unt. P. Y. 58 a. d. Geschäftsst. *3459

Wohnungstausch Anbiete schöne 3 und 2 Zimmer-Wohng. geg. 4 oder 5 Zimm.-Wohng. Angebote unt. Q. K. 58 a. d. Geschäftsst. *3497

Tausche meine gr. 2 Zimmer u. Küche (ev. m. Bori.) geg. eine gr. 4 Zimm.-Wohn. Nähe Lange Rötterstr. Angeb. unt. Q. J. 57 a. d. Geschäftsst. *3491

Junges Ehepaar sucht für sofort od. spät. **1—2 leere Zimmer** geg. wertbeständ. Miete. Angebote unt. Q. H. 56 a. d. Geschäftsst. *3490

Jg. Kinderl. Ehep. sucht **Zimmer und Küche.** Dringlichkeitskarte vorh. Angeb. unt. Q. E. 63 an die Geschäftsst. *3479

Mittlerer Keller für Weinhandlg. gesucht. Angebote unt. Q. O. 62 a. d. Geschäftsst. *3519

Wir suchen für einen unserer Angestellten besseres B9605

möbliert. Zimmer

ohne Verpflegung.
Gebr. Haldy, Kohlenhandelsgesellsch. m. b. H.
Mannheim, Hansahaus

Ingenieur sucht möbl. Wohnung

(1 oder 2 Zimmer) mit Kochgelegenheit, evtl. auch leere Zimmer, da Herd und Möbel gestellt werden können. Bezahlt wird zeitgemäße Miete pro Monat. Zuschriften unter L. A. 125 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 6584

Möbliertes Zimmer

in gutem Hause evtl. mit Verpflegung, möglichst per sofort von berufstätigem Fräulein 6516
gesucht.
Angebote unter K. N. 112 an die Geschäftsstelle.

Wir suchen für unseren **Oberingenieur** gut eingerichtetes *3492

Wohn- u. Schlafzimmer

für sofort oder später. Angebote an
Carl Brandt
Hoch- u. Tiefbau, Zweigniederlassung
Mannheim, Stephanienufer 15

Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnung mit Zubehör, Bad und elektr. Licht, in der Oststadt, am Ring od. Lindenhof gesucht. Dringlichkeitskarte vorh. Angebote unt. Q. D. 62 an die Geschäftsst. *3478

Vermietungen

Büro mit Telephon zentral geleg., z. Mitbenützg. zu vermiet. Näh. Lindenheim, E 2, 17. *3481

Unterricht.

Höherer Schüler gesucht, der in seiner Wohng. ein. Quartaner **Nachhilfestunden** erteilt. Ang. u. Q. F. 64 a. d. Geschäftsst. *3488

Gesucht wird Lehrer des **Spanischen** für die Abendstunden. Angebote unt. L. D. 128 a. d. Geschäftsst. 2165

Vermischtes

Teilhaber still oder tätig für ...handlung gesucht. ...gebote unter Q. M. ... an die Geschäftsst.

Tausche eine prachtv. ... (Regul.) gegen guterh. Herrenrad mit ... Schnizer, P 1, 3.

Tausche verschiedene Käfige geg. ... guterh. Fahrrad. ... mann, Traitteurstr. ... *3514

Blauer Kinderwagen (Kasten) gut erh. u. ... Sportwagen, ... geg. n. gt. erh. Damen... Herrenfahrrad ... Lindenhofstr. 102 II.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbetten ... dir. an Priv. Kat. ... Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.) 6200

Herrenkleider werden elegant u. billig angefertigt, gewendet ... gebügelt. Schneidermst. ... straße 11.

Zweispänner Lastfuhrwerk zu vermieten. Angebote unt. L. E. ... an die Geschäftsst.

Hohe Belohnung wer meinen **Wolfshund** Rüde, 6 Mon. a., ... wiederbringt. U 4. 13, parterre.

Edelsteine Alt-Gold u. Alt-Silber, ... gegenstd., Zahngeb. ... Rufenstraße ... Jakob Wertheim, ... Tel. 5482.